

Bürokratie bindet immer mehr Ressourcen und gefährdet Investitionen

Steigender Aufwand und Wunsch nach einfacheren Prozessen

©GFS.BERN | SEPTEMBER 2026

gfs.bern

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Dr. Tobias Keller: Senior Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung

Ina Gutjahr: Junior Projektleiterin

Dr. Pierre Lüssi: Trainee Projektleitung

Dr. Sara Rellstab: Data Scientist

Alessia Rainone: Praktikantin Data Science

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin/ Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter/ Administration

Bern, 09.09.2026

Inhaltsverzeichnis

1 MANAGEMENT SUMMARY 4
2 EINLEITUNG 5
2.1 Beschreibung der Methode 5
2.2 Beschreibung der Stichprobe 6
3 WAHRNEHMUNG DER ADMINISTRATIVEN BELASTUNG 8
3.1 Allgemeine Wahrnehmungen 8
3.2 Interne administrative Belastung im Detail 16
3.3 Externe administrative Belastung im Detail 22
4 AUSWIRKUNGEN DES ADMINISTRATIVEN AUFWANDS 26
5 ENTLASTUNGSPOTENZIAL 34
5.1 Für Massnahmen offen 34
5.2 Factsheet: Beratung, Finanzen und freie Berufe 37
5.3 Factsheet: Gesundheit, Soziales und Bildung 39
5.4 Factsheet: Handel, Gastgewerbe und Verkehr 41
5.5 Factsheet: Industrie, Produktion und Baugewerbe 43
6 SYNTHESE 45
7 ANHANG 47
7.1 gfs.bern-Team 47

1 Management Summary



Hohe administrative Belastung: Zwei Drittel der Schweizer Unternehmen beurteilen die administrative Belastung aufgrund staatlicher Regulierungen als hoch (67%). Gleichzeitig nehmen 64 Prozent eine höhere Belastung wahr als noch vor fünf Jahren. Besonders ausgeprägt ist die Belastung bei grösseren Unternehmen.



Administration bindet personelle Ressourcen: Administrative Aufgaben werden in erster Linie als zeitaufwändig wahrgenommen. Zwei Drittel der Unternehmen geben an, dass dadurch zu viele personelle Ressourcen gebunden werden. Komplexität und Frustration verstärken die Belastungswahrnehmung zusätzlich.



Belastung nach Unternehmensgrösse: Mit zunehmender Unternehmensgrösse steigen sowohl der interne Zeitaufwand als auch die Kosten für extern vergebene administrative Arbeiten deutlich. Zugleich unterscheiden sich die Bereiche, in denen der grösste administrative Aufwand anfällt, je nach Unternehmensgrösse.



Auswirkungen auf unternehmerische Vorhaben und Investitionen: Drei von zehn Unternehmen haben aufgrund des administrativen Aufwands bereits Vorhaben verschoben, verkleinert oder aufgegeben. Betroffen sind insbesondere die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie Investitionen. Bei grösseren Unternehmen treten solche Auswirkungen besonders häufig auf.



Entlastungspotenzial: Klare Mehrheiten sehen Möglichkeiten zur Entlastung insbesondere in der Vereinfachung bestehender Vorgaben, standardisierten Formularen und Schnittstellen sowie einer einheitlicheren Umsetzung. Auch Digitalisierung wird als wichtiger Ansatz gesehen, sofern sie Prozesse tatsächlich vereinfacht und Mehrfacheingaben reduziert.



Entlastungspotenzial nach Branche: Bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr steht die Vereinfachung bestehender Vorgaben besonders klar im Vordergrund. In Industrie, Produktion und Baugewerbe werden Vereinfachung, Standardisierung und praxisnähere Umsetzung ähnlich stark als entlastend eingeschätzt. Im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich fällt zudem die kantonale Harmonisierung stärker ins Gewicht.



Entlastung statt Abschaffung: Der administrative Aufwand wird von den Unternehmen nicht grundsätzlich als unnötig beurteilt. Vielmehr zeigt sich ein Wunsch nach einer einfacheren, effizienteren und besser abgestimmten Ausgestaltung bestehender Anforderungen, damit weniger Ressourcen für Administration gebunden werden und mehr Raum für die eigentliche unternehmerische Tätigkeit bleibt.

2 Einleitung

2.1 Beschreibung der Methode

Administrative Belastung und der Abbau unnötiger Bürokratie haben für Schweizer Unternehmen und die Wirtschaftspolitik an Bedeutung gewonnen. Um die Belastung aus Sicht der Unternehmen systematisch zu erfassen und sichtbar zu machen, hat gfs.bern im Auftrag von economiesuisse den Bürokratiemonitor 2026 durchgeführt. Im Zentrum steht die Frage, wie stark Unternehmen durch administrative Vorgaben belastet werden, wo besonders grosse Aufwände entstehen, welche Folgen dies für die unternehmerische Tätigkeit hat und welche Massnahmen aus Sicht der Unternehmen zu einer Entlastung beitragen können.

Für die Befragung wurden 9'000 Unternehmen der gesamten Schweiz aus dem Betriebs- und Unternehmensregister des Bundesamtes für Statistik zufällig ausgewählt und angeschrieben. Die Stichprobe wurde nach Sprachregion und Unternehmensgrösse geschichtet. Insgesamt nahmen 1'527 Unternehmen an der Befragung teil. Dies entspricht einem Rücklauf von rund 17 Prozent.

Insgesamt haben Personen aus diversen Branchen teilgenommen, mehrheitlich aus der Branche Gesundheit/Soziales/Bildung, jedoch auch aus Handel und Gastgewerbe sowie Industrie, Produktion und Handwerk und vielen weiteren. Die befragten Unternehmen unterscheiden sich auch stark hinsichtlich der Anzahl Beschäftigten. Die Resultate sind somit repräsentativ für Schweizer Unternehmen. Weitere Angaben zur Stichprobe finden sich in der Methodenbox.

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	economiesuisse
Grundgesamtheit	Schweizer Unternehmen aus verschiedenen Branchen, Grössenklassen und Sprachregionen
Herkunft der Adressen	Betriebs- und Unternehmensregister des Bundesamtes für Statistik
Datenerhebung	Onlinebefragung
Art der Stichprobenziehung	Geschichtet nach Sprachregion und Unternehmensgrösse
Befragungszeitraum	Vom 24. Juni bis 3. August 2026
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 1'527 N DCH = 1'109, n FCH = 329, n ICH = 89
Stichprobenfehler	±2.5 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

2.2 Beschreibung der Stichprobe

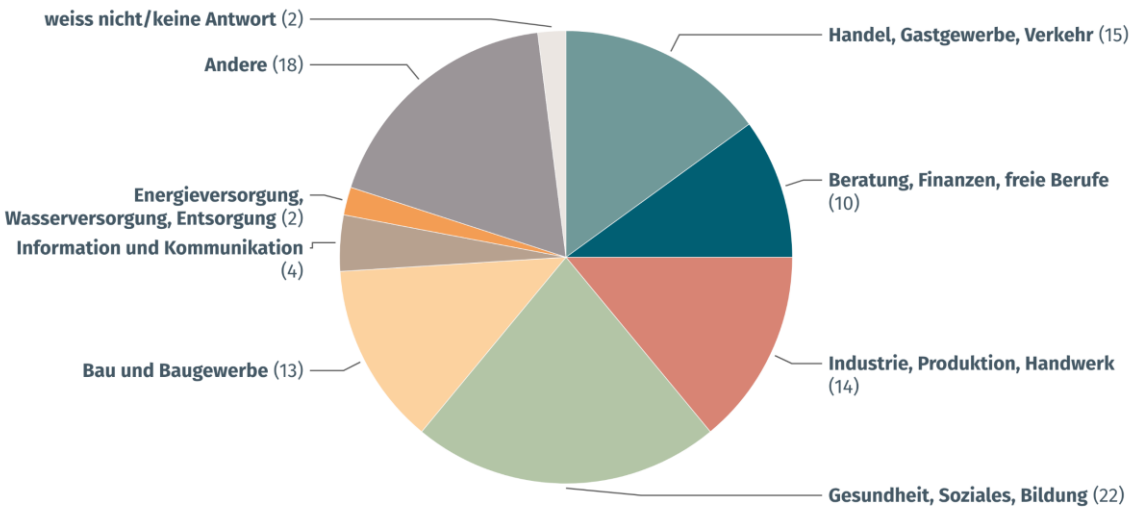
Die befragten Unternehmen stammen aus einem breiten Spektrum unterschiedlicher Branchen: Am stärksten vertreten ist der Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung mit 22 Prozent. Es folgen Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 15 Prozent, Industrie, Produktion und Handwerk mit 14 Prozent sowie Bau und Baugewerbe mit 13 Prozent. Weitere 10 Prozent entfallen auf Beratung, Finanzen und freie Berufe, 4 Prozent auf Information und Kommunikation und 2 Prozent auf Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung. 18 Prozent ordnen sich anderen Branchen zu. 2 Prozent machen keine Angabe.

Grafik 1

Branche

Welcher Branche gehört Ihr Unternehmen hauptsächlich an?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

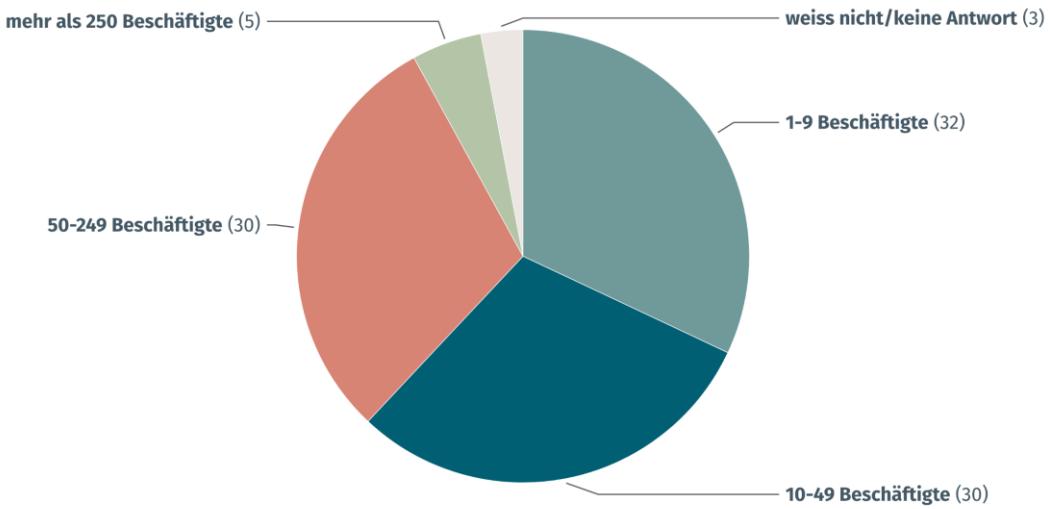
Auch hinsichtlich der Unternehmensgrösse setzt sich die Befragung aus unterschiedlichen Unternehmensgruppen zusammen: 32 Prozent beschäftigen 1 bis 9 Personen. Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten und solche mit 50 bis 249 Beschäftigten machen jeweils 30 Prozent der Stichprobe aus. Weitere 5 Prozent sind Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. 3 Prozent machen keine Angabe zur Anzahl der Beschäftigten. Diese Verteilung gemäss Unternehmensgrösse ermöglicht, über alle Unternehmensgruppen Aussagen zu machen.

Grafik 2

Anzahl Beschäftigte

Wie viele Beschäftigte hat Ihr Unternehmen?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

3 Wahrnehmung der administrativen Belastung

3.1 Allgemeine Wahrnehmungen

Zentral für ein Gesamtbild der bürokratischen Aufwände aller Unternehmen ist die Wahrnehmung der administrativen Belastung. Um eine möglichst fundierte Ausgangslage für die weiteren Analysen zu schaffen ist zentral, die Belastung sowohl aktuell als auch im zeitlichen Verlauf einordnen zu können. Daher diskutieren wir sowohl die Wahrnehmung der Befragten Personen zu Einschränkungen bei der Geschäftstätigkeit, zur Unterstützung durch Behörden oder die administrative Belastung, als auch des zeitlichen Verlaufs.

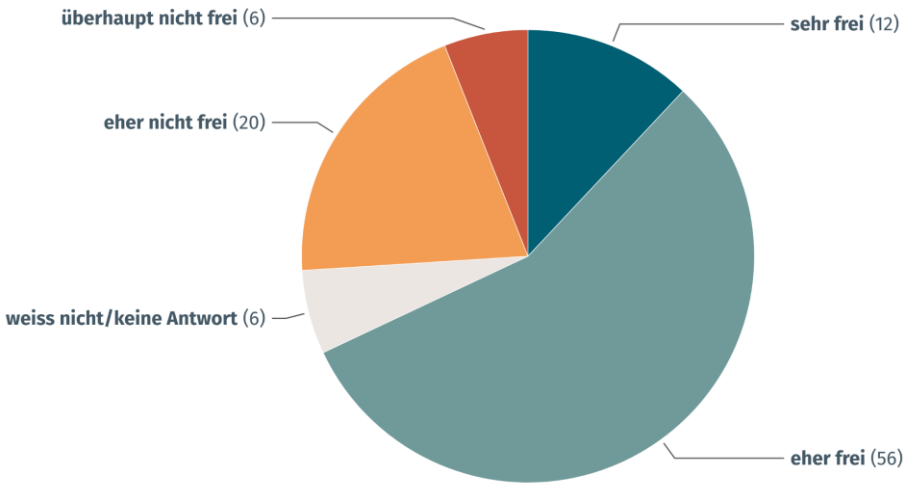
Eine Mehrheit der befragten Unternehmen fühlt sich in ihrer Geschäftstätigkeit in der Schweiz frei. Insgesamt 68 Prozent geben an, sich sehr frei (12%) oder eher frei (56%) zu fühlen. Gleichzeitig ist wichtig zu betonen, dass 26 Prozent der befragten Unternehmen angeben, ihre unternehmerische Tätigkeit sei eingeschränkt: 20 Prozent geben an, sie seien eher nicht frei und weitere 6 Prozent nehmen die Situation als «überhaupt nicht frei» wahr.

Grafik 3

Freiheit in Geschäftstätigkeit

Ganz generell: Wie frei fühlen Sie sich als Unternehmen in Ihrer Geschäftstätigkeit in der Schweiz?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

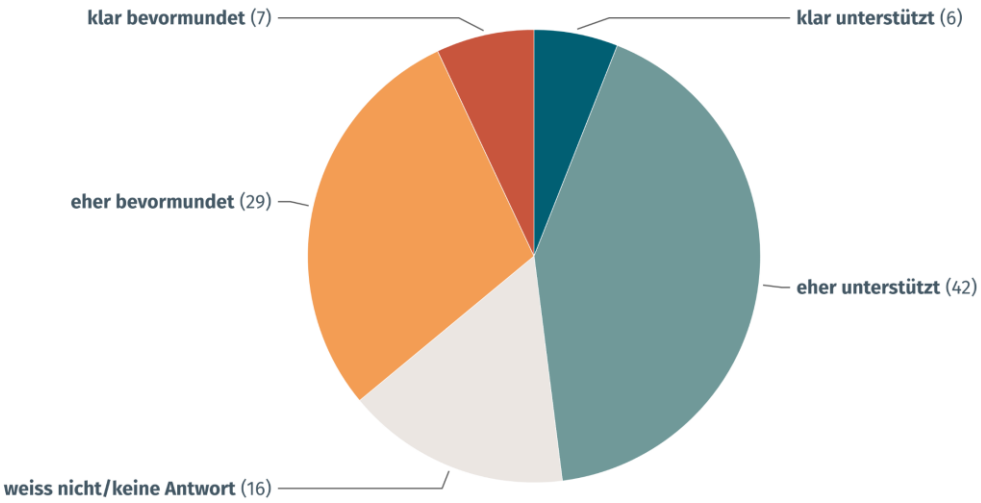
Noch etwas ausgeglichener fällt das Bild in Bezug auf die Wahrnehmung der Unterstützung und Auflagen durch Behörden statt: Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen fühlt sich von den Behörden in ihrer Geschäftstätigkeit unterstützt. Insgesamt 48 Prozent geben an, sich klar (6%) oder eher unterstützt (42%) zu fühlen. Demgegenüber empfinden sich 36 Prozent als bevormundet, wobei sich 29 Prozent eher bevormundet und 7 Prozent klar bevormundet fühlen. Weitere 16 Prozent machen keine Angabe.

Grafik 4

Unterstützung von Behörden

Fühlen Sie sich als Unternehmen grundsätzlich in Ihrer Geschäftstätigkeit in der Schweiz von Behörden unterstützt oder bevormundet?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

Eine klare Mehrheit der Unternehmen erlebt die administrative Belastung aufgrund staatlicher Regulierungen als hoch: 45 Prozent beurteilen sie als eher hoch und weitere 22 Prozent als sehr hoch. Zusammengenommen sehen damit 67 Prozent eine hohe Belastung. Demgegenüber bewerten 29 Prozent die Belastung als eher oder sehr gering. Staatlich bedingter administrativer Aufwand ist somit für einen grossen Teil der Schweizer Unternehmen ein substanzielles Thema im Geschäftsalltag.

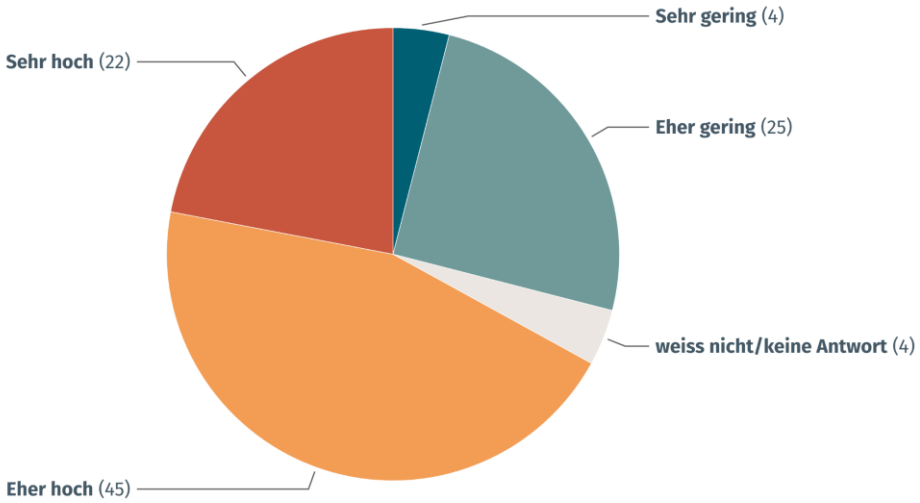
Mit zunehmender Unternehmensgrösse steigt die wahrgenommene administrative Belastung deutlich: Während 52 Prozent der Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten eine eher oder sehr hohe Belastung angeben, sind es bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten 90 Prozent.

Grafik 5

Beurteilung administrative Belastung

Ganz generell: Wie beurteilen Sie die administrative Belastung aufgrund staatlicher Regulierungen für Ihr Unternehmen?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

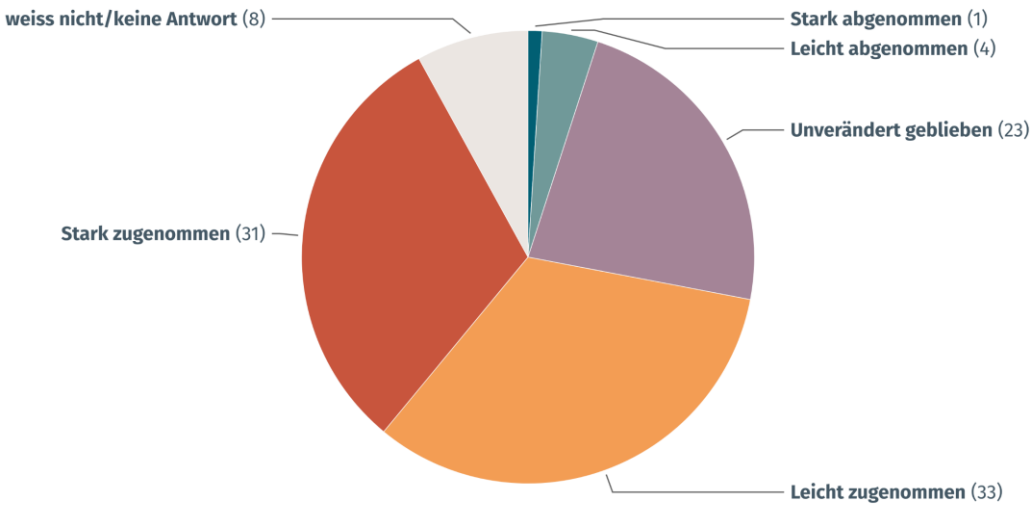
Die Entwicklung der Belastung in den letzten fünf Jahren wird deutlich negativ wahrgenommen: Insgesamt nehmen 64 Prozent der Unternehmen eine höhere administrative Belastung wahr als vor fünf Jahren. 23 Prozent sehen keine Veränderung und nur 5 Prozent eine Abnahme. Es überwiegt die Wahrnehmung einer zunehmenden administrativen Belastung, während Entlastungen in den vergangenen fünf Jahren kaum spürbar waren.

Grafik 6

Entwicklung administrative Belastung

Wie hat sich die administrative Belastung von staatlicher Regulierungen auf Ihr Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

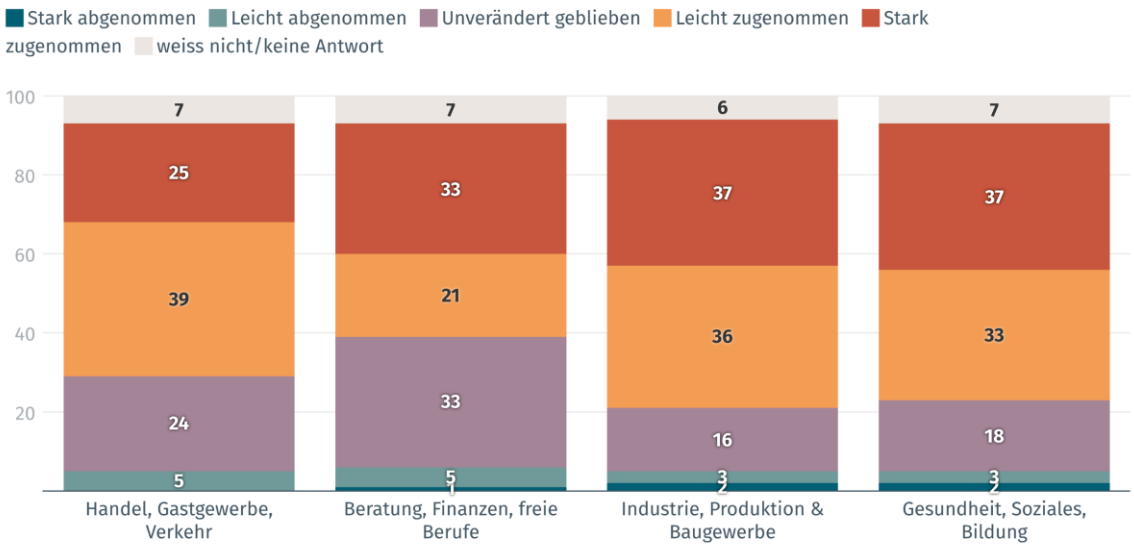
Zwischen den Branchen zeigen sich gewisse Unterschiede in der wahrgenommenen Entwicklung der administrativen Belastung. Besonders häufig wird eine Zunahme in Industrie, Produktion und Baugewerbe wahrgenommen (73%), gefolgt von Gesundheit, Sozialem und Bildung (70%). Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr liegt dieser Anteil bei 64 Prozent, wobei der Anteil einer starken Zunahme vergleichsweise tief ausfällt. Bei Beratung, Finanzen und freien Berufen fällt der Anteil der Unternehmen, die eine Zunahme wahrnehmen, mit 54 Prozent deutlich tiefer aus. Hier gibt ein vergleichsweise hoher Anteil an, dass die Belastung unverändert geblieben ist (33%). Insgesamt dominiert jedoch in allen Branchen die Wahrnehmung einer zunehmenden administrativen Belastung.

Grafik 7

Entwicklung administrative Belastung nach Branche

Wie hat sich die administrative Belastung von staatlicher Regulierungen auf Ihr Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=1133), sig., Cramér's V = 0.11

Der gesellschaftliche Nutzen des administrativen Aufwands wird zurückhaltend beurteilt. 44 Prozent halten den Aufwand teilweise für gerechtfertigt. 24 Prozent sehen ihn meistens oder voll und ganz als gerechtfertigt an, während 28 Prozent den Aufwand selten oder überhaupt nicht gerechtfertigt finden. Damit dominiert keine grundsätzliche Ablehnung, aber auch keine klare Legitimation. Aus Sicht vieler Unternehmen steht der wahrgenommene Aufwand nur teilweise in einem überzeugenden Verhältnis zum gesellschaftlichen Nutzen.

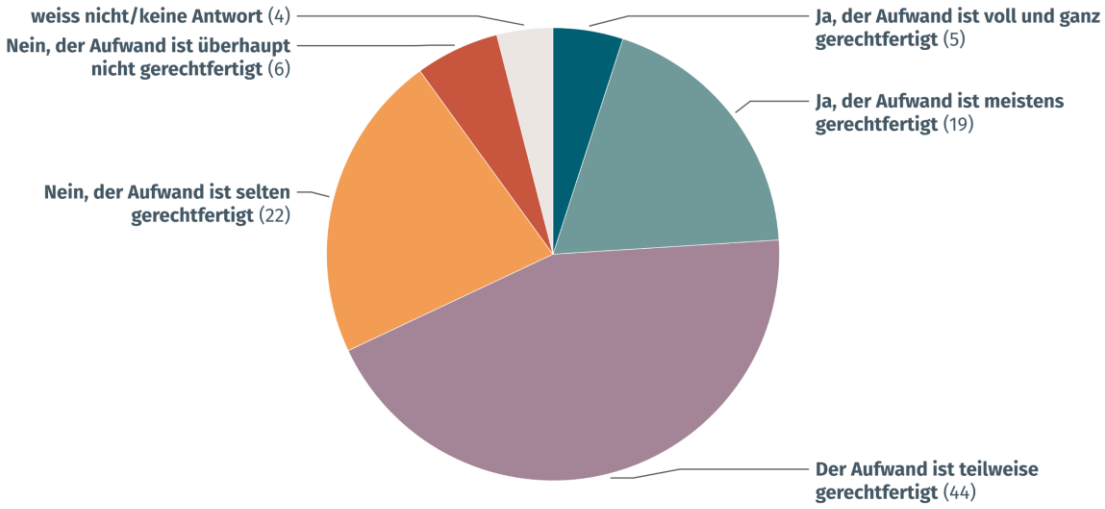
Unternehmen mit hoher administrativer Belastung stellen den Nutzen deutlich stärker infrage: Nur 14 Prozent halten den Aufwand für meistens oder voll gerechtfertigt, gegenüber 48 Prozent bei gering belasteten Unternehmen. In der Deutschschweiz halten 31 Prozent den administrativen Aufwand für selten oder überhaupt nicht gerechtfertigt. In der französischsprachigen Schweiz sind es lediglich 16 Prozent.

Grafik 8

Mehrwert administrativer Aufwand

Lohnt sich der administrative Aufwand, weil er der Gesellschaft einen entsprechenden Nutzen bringt?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

Die administrative Belastung im eigenen Unternehmen wird am häufigsten mit einem Zeitaufwand assoziiert. 64 Prozent der Unternehmen bezeichnen die administrative Belastung als zeitaufwändig, 40 Prozent als kompliziert und 26 Prozent als frustrierend. Je ein Viertel findet sie nachvollziehbar oder standardisiert. 22 Prozent bezeichnen sie als planbar. 9 Prozent nennen die Assoziation «transparent». Positive Zuschreibungen sind dagegen deutlich seltener: Nur 9 Prozent empfinden den administrativen Aufwand als sinnvoll, 5 Prozent als effizient und 1 Prozent als entlastend.

Je grösser das Unternehmen, desto häufiger wird die administrative Belastung als zeitaufwändig und kompliziert wahrgenommen. «Zeitaufwändig» nennen 52 Prozent der Kleinstunternehmen, gegenüber 86 Prozent der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Bei «kompliziert» steigt der Anteil von 34 auf 54 Prozent. Auch «frustrierend» folgt demselben Muster: 20 Prozent bei Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten gegenüber 42 Prozent bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten.

Grafik 9

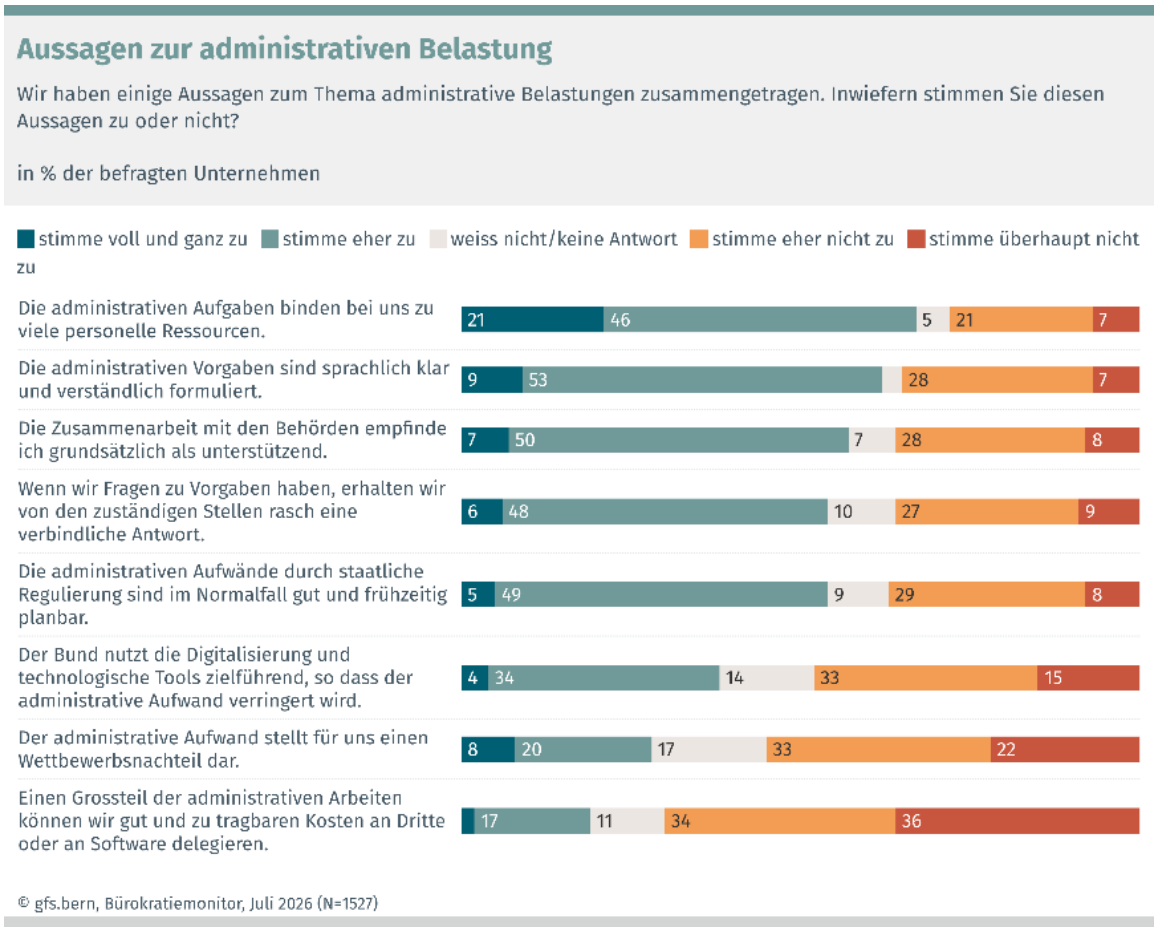


Zum Thema administrative Belastung erhielten die befragten Unternehmen verschiedene Aussagen, denen sie zustimmen konnten oder nicht.

Die höchste Zustimmung mit 67 Prozent erhält die Aussage, dass administrative Aufgaben zu viele personelle Ressourcen binden würden. Gleichzeitig beurteilen 62 Prozent die Vorgaben sprachlich als klar und 57 Prozent die Zusammenarbeit mit Behörden grundsätzlich

als unterstützend. Je 54 Prozent stimmen eher respektive voll und ganz zu, dass bei Fragen zu Vorgaben zuständige Stellen rasch eine verbindliche Antwort liefern täten sowie, dass administrative Aufwände durch staatliche Regulierungen im Normalfall gut und frühzeitig planbar seien. Zurückhaltender fällt die Zustimmung zur Nutzung der Digitalisierung aus: 38 Prozent sind der Meinung, dass der Bund die Digitalisierung und technologische Tools zielführend nutzen würde, was den administrativen Aufwand verringere. Für 28 Prozent der befragten Unternehmen stellt der administrative Aufwand einen Wettbewerbsnachteil dar. Schliesslich meinen lediglich 19 Prozent, dass ein Grossteil der administrativen Arbeiten sich gut und zu tragbaren Kosten an Dritte delegieren lasse.

Grafik 10



Die eben diskutierten Aussagen zur administrativen Belastung bieten die Möglichkeit, besser zu verstehen, welche Gründe die Haltung erklären können, dass die administrative Belastung als hoch wahrgenommen wird.

Den stärksten Effekt zeigt die Aussage, dass administrative Aufgaben zu viele personelle Ressourcen binden: Wer dem zustimmt, weist eine um 34 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, die Belastung als hoch einzustufen. Ebenfalls deutlich wirkt die Wahrnehmung des administrativen Aufwands als Wettbewerbsnachteil (+21 Prozentpunkte).

Umgekehrt senkt vor allem die Einschätzung, dass der Bund die Digitalisierung zielführend nutzt, die Wahrscheinlichkeit (-10 Prozentpunkte) die Belastung als hoch wahrzunehmen. Auch die Aussagen, dass die Zusammenarbeit mit dem Bund grundsätzlich unterstützend sei (- 8 Prozentpunkte), sowie die administrativen Aufwände gut planbar seien

(-9 Prozentpunkte), senken die Wahrscheinlichkeit leicht, die Belastung als hoch einzustufen.

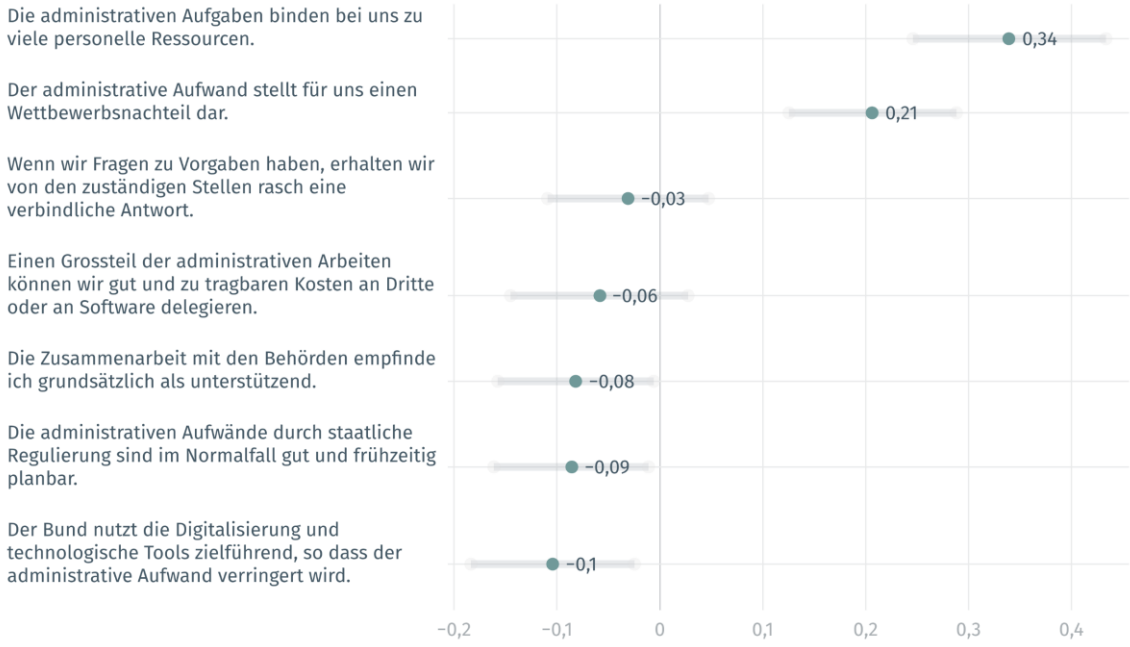
Diese Einschätzungen mit einem negativen Effekt auf die Wahrnehmung der Belastung sind aber als deutlich weniger schlagkräftig einzuordnen als jene, die dafür sprechen. Ausserdem weisen zwei Aussagen (Delegation der Aufgabe an Dritte und Erreichbarkeit der Behörden) keinen statistisch gesicherten Effekt auf.

Grafik 11

Einfluss Aussagen auf die Wahrscheinlichkeit, die administrative Belastung als hoch zu beurteilen

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass administrative Aufgaben bei ihnen zu viele personelle Ressourcen binden, haben eine 34 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die administrative Belastung als hoch zu beurteilen (alle anderen Faktoren konstant).

Befragte Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n = 560). Zusätzliche Kontrollvariablen: Anzahl Mitarbeitende, Umsatz, Branche. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

3.2 Interne administrative Belastung im Detail

Beim administrativen Aufwand kann zwischen internem und externem administrativen Aufwand unterschieden werden. Der interne administrative Aufwand umfasst Arbeiten, die von den Mitarbeitenden des Unternehmens selbst beziehungsweise direkt erledigt werden. Der externe administrative Aufwand hingegen umfasst Arbeiten, die an Dritte delegiert werden und für die externe Kosten anfallen.

Der interne administrative Aufwand fällt je nach Unternehmensgrösse unterschiedlich aus. Der Zeitaufwand steigt dabei deutlich mit der Unternehmensgrösse. Während 64 Prozent der Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten höchstens 10 Stunden pro Monat für die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben aufwenden, sind es bei Unternehmen mit mehr als

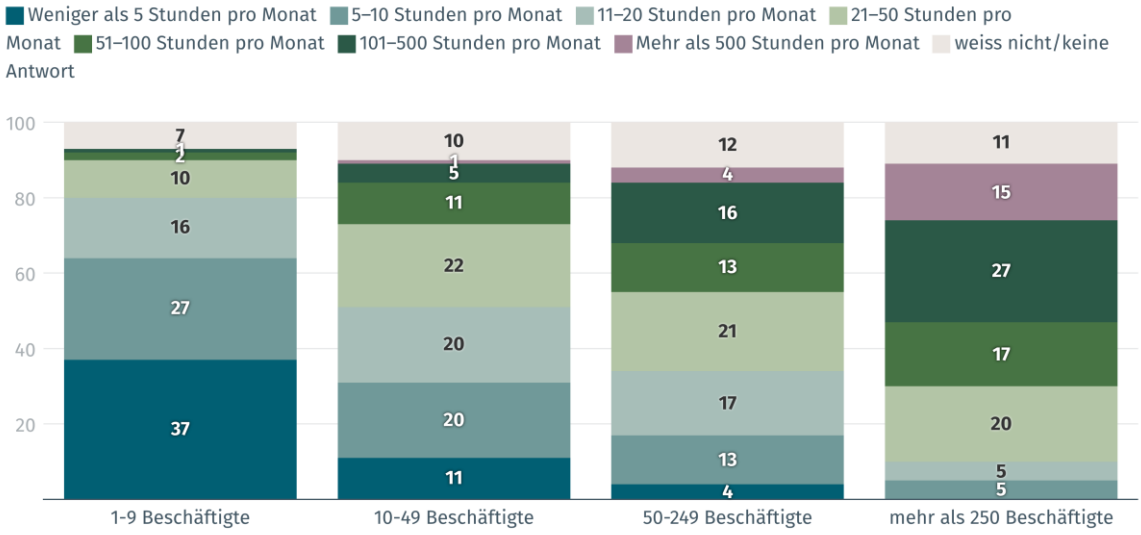
250 Beschäftigten lediglich 5 Prozent. Umgekehrt wenden 3 Prozent der Kleinstunternehmen mehr als 50 Stunden pro Monat auf, gegenüber 59 Prozent der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten.

Grafik 12

Intern aufgewendete Zeit Erfüllung gesetzlichen Vorgaben nach Unternehmensgrösse

Alles in allem: Wie viel Zeit wendet Ihr Unternehmen intern pro Monat auf, um alle gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=1474), sig., Cramér's V = 0.33

Bei der Frage, in welchen Regulierungsbereichen im letzten Jahr der grösste interne administrative Aufwand im eigenen Unternehmen angefallen ist, nennen 42 Prozent den Regulierungsbereich AHV/IV/EO, 39 Prozent die Mehrwertsteuer und 33 Prozent Rechnungslegung/Revision. Ebenfalls häufig genannt werden Datenschutz mit 30 Prozent, Quellensteuer und branchenspezifische Vorschriften mit je 29 Prozent sowie Unfallversicherung und behördliche Kontrollen mit je 28 Prozent. Rund ein Viertel nennt die Regulierungsbereiche Arbeitssicherheit (27%), Einholen von Bewilligungen (26%), Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen (25%) sowie Statistik (25%). Danach folgen die 2. Säule mit 23 Prozent sowie Bewilligungen für ausländische Mitarbeitende und Berufsbildung/Lehrlingswesen mit je 21 Prozent. Bauvorhaben werden von 18 Prozent genannt. Deutlich seltener zählen Unternehmenssteuer mit 14 Prozent, Umweltvorschriften mit 13 Prozent sowie Einfuhr und Ausfuhr von Waren mit 10 Prozent zu den Bereichen mit dem grössten administrativen Aufwand. Am unteren Ende stehen unter anderem Handelsregister mit 8 Prozent, Lebensmittelhygiene mit 7 Prozent, Verkehr und Motorfahrzeuge mit 6 Prozent sowie Unternehmensgründung mit 3 Prozent und der Ausbau von Produktionsanlagen mit 2 Prozent.

Nach Unternehmensgrösse zeigen sich deutliche Unterschiede bei den besonders belastenden Regulierungsbereichen.

- Eine knappe Mehrheit der Kleinstunternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten nennt AHV/IV/EO und 44 Prozent die Mehrwertsteuer. Bei Unternehmen mit 10 bis 49

Beschäftigten stehen ebenfalls die Mehrwertsteuer mit 43 Prozent und AHV/IV/EO mit 41 Prozent an der Spitze.

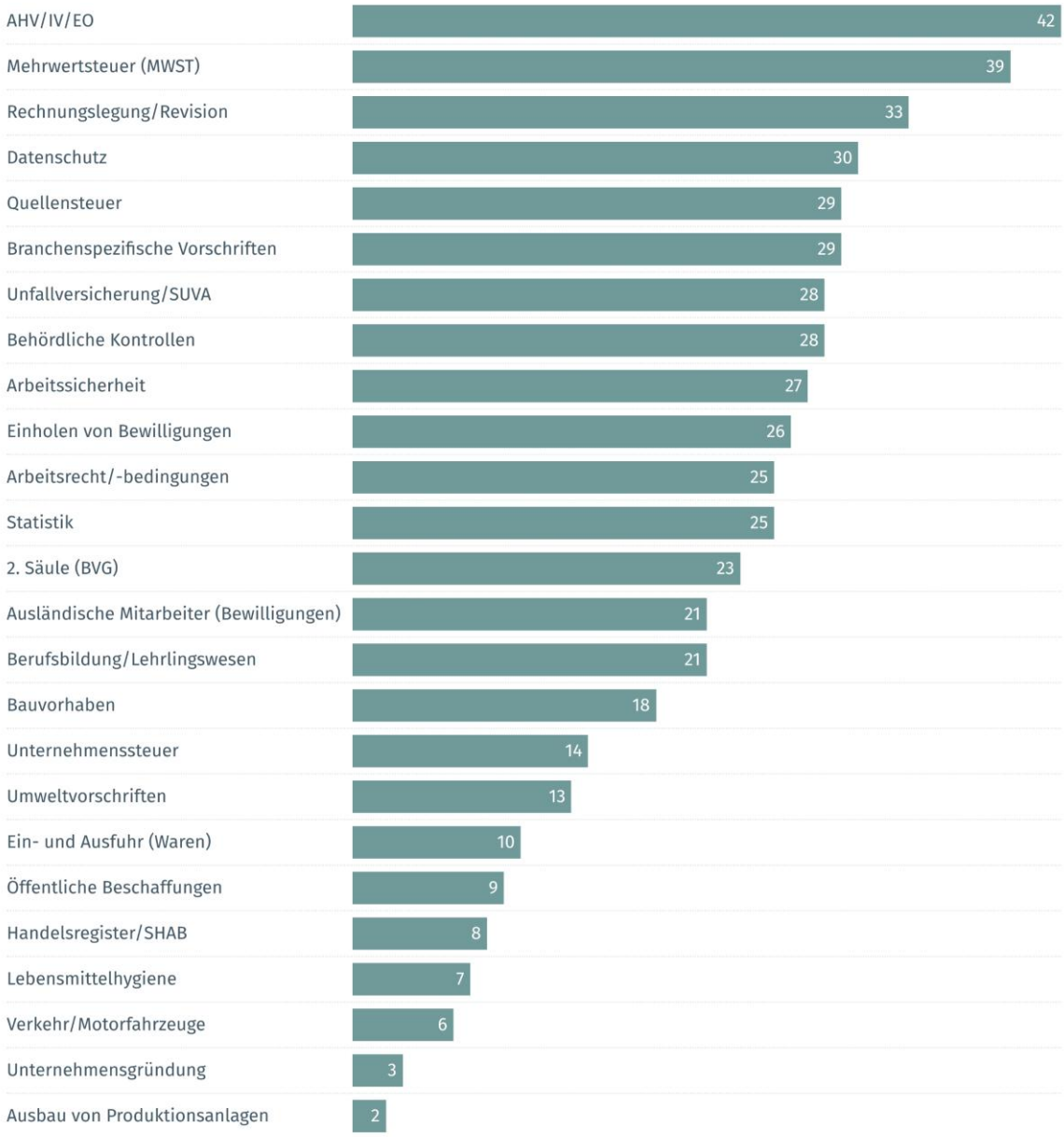
- Bei Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten verschiebt sich der Schwerpunkt. Hier wird mit 40 Prozent der Datenschutz am häufigsten genannt, gefolgt von der Quellensteuer mit 38 Prozent und Arbeitssicherheit mit 37 Prozent.
- Auch bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten wird Datenschutz mit 57 Prozent am häufigsten genannt, gefolgt von branchenspezifischen Vorschriften (47%) und dem Einholen von Bewilligungen (42%).

Grafik 13

Regulierungsbereiche mit dem grössten internen administrativen Aufwand

In welchen Regulierungsbereichen ist im letzten Jahr der grösste interne administrative Aufwand in Ihrem Unternehmen angefallen? Bitte wählen Sie maximal 10 Bereiche aus.

in % der befragten Unternehmen
Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=1523)

Während die bisherige Betrachtung zeigt, welche Regulierungsbereiche besonders häufig als aufwendig wahrgenommen werden, ergänzt der geschätzte monatliche Zeitaufwand dieses Bild um die Intensität der Belastung. Dabei zeigen sich Unterschiede nach Unternehmensgrösse.

Bei den Kleinstunternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten bewegt sich der Medianaufwand pro Bereich meist bei 1 bis 2 Stunden pro Monat. Am höchsten fällt er in der Lebensmittelhygiene (6 Stunden) sowie bei Berufsbildung und Lehrlingswesen (4 Stunden) und der Rechnungslegung beziehungsweise Revision (3.5 Stunden) aus. Bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten liegt der Aufwand bereits höher. Am stärksten ins Gewicht fallen öffentliche Beschaffungen (10 Stunden), die Rechnungslegung und die Ein- und Ausfuhr von Waren (je 8 Stunden). Bei mittleren Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten steigt der interne Aufwand insgesamt weiter an. Den höchsten Medianaufwand verursachen branchenspezifische Vorschriften und die Berufsbildung (je 15 Stunden), während zahlreiche weitere Bereiche bei rund 10 Stunden liegen. Bei Grossunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten erreicht der Aufwand deutlich höhere Werte. Herausstechen die Lebensmittelhygiene mit 58 Stunden und die branchenspezifischen Vorschriften mit 50 Stunden pro Monat; viele weitere Bereiche liegen bei rund 20 Stunden.

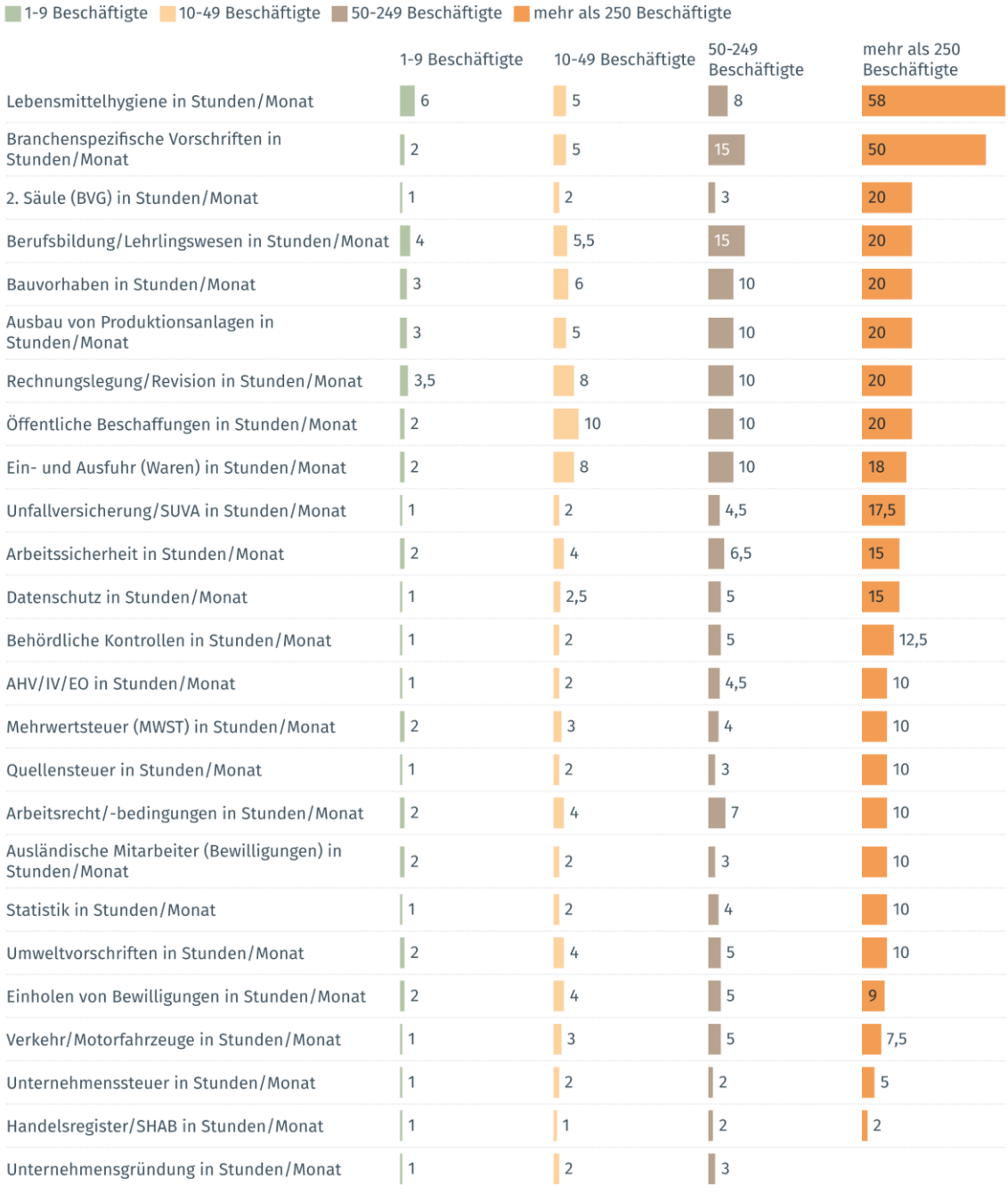
Neben der Unternehmensgrösse zeigen sich beim internen Zeitaufwand in einzelnen Regulierungsbereichen auch Unterschiede zwischen den Branchen. Diese treten jedoch nur punktuell auf und ergeben kein einheitliches Muster.

Grafik 14

Interner Aufwand in Stunden pro Bereich nach Unternehmensgrösse (Median)

Wie viele Stunden pro Monat wendet Ihr Unternehmen für die folgenden Bereiche ungefähr auf? Bitte schätzen Sie den monatlichen Aufwand grob ein.

Befragte Unternehmen
Median



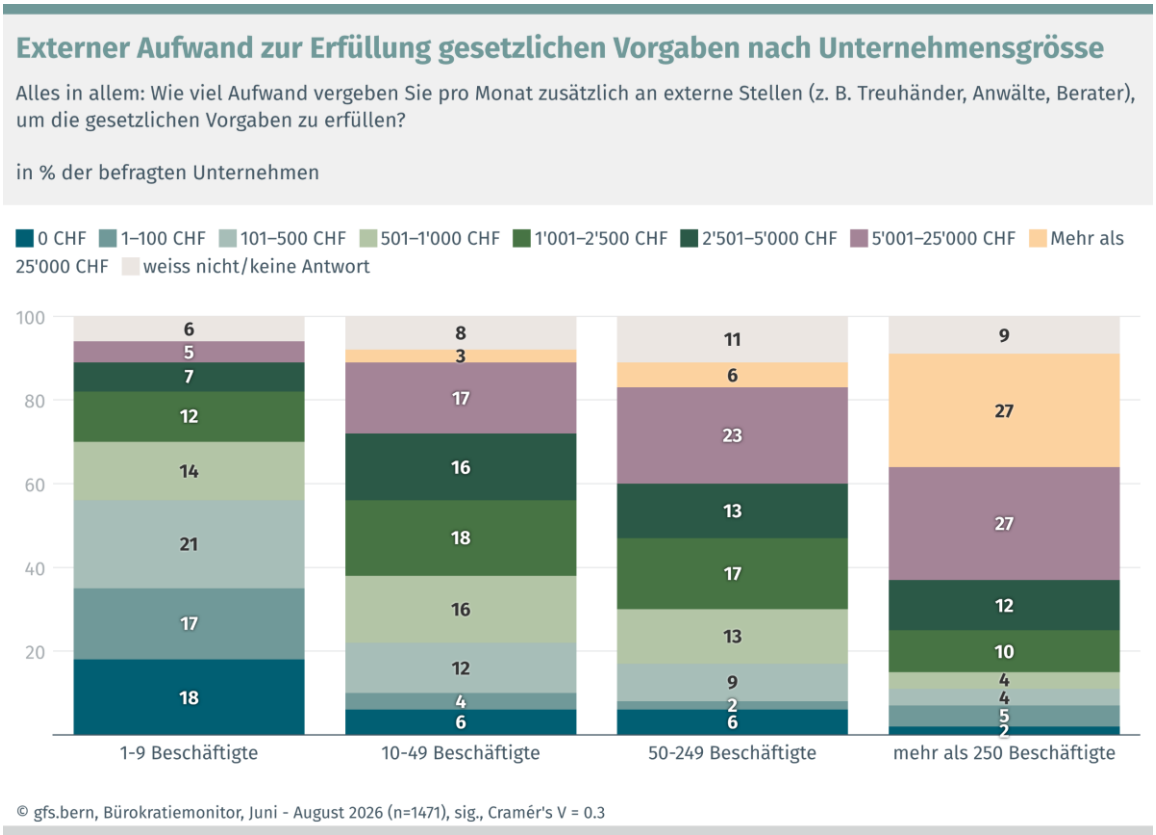
	1-9 Beschäftigte	10-49 Beschäftigte	50-249 Beschäftigte	mehr als 250 Beschäftigte
Lebensmittelhygiene in Stunden/Monat	6	5	8	58
Branchenspezifische Vorschriften in Stunden/Monat	2	5	15	50
2. Säule (BVG) in Stunden/Monat	1	2	3	20
Berufsbildung/Lehrlingswesen in Stunden/Monat	4	5,5	15	20
Bauvorhaben in Stunden/Monat	3	6	10	20
Ausbau von Produktionsanlagen in Stunden/Monat	3	5	10	20
Rechnungslegung/Revision in Stunden/Monat	3,5	8	10	20
Öffentliche Beschaffungen in Stunden/Monat	2	10	10	20
Ein- und Ausfuhr (Waren) in Stunden/Monat	2	8	10	18
Unfallversicherung/SUVA in Stunden/Monat	1	2	4,5	17,5
Arbeitssicherheit in Stunden/Monat	2	4	6,5	15
Datenschutz in Stunden/Monat	1	2,5	5	15
Behördliche Kontrollen in Stunden/Monat	1	2	5	12,5
AHV/IV/EO in Stunden/Monat	1	2	4,5	10
Mehrwertsteuer (MWST) in Stunden/Monat	2	3	4	10
Quellensteuer in Stunden/Monat	1	2	3	10
Arbeitsrecht/-bedingungen in Stunden/Monat	2	4	7	10
Ausländische Mitarbeiter (Bewilligungen) in Stunden/Monat	2	2	3	10
Statistik in Stunden/Monat	1	2	4	10
Umweltvorschriften in Stunden/Monat	2	4	5	10
Einholen von Bewilligungen in Stunden/Monat	2	4	5	9
Verkehr/Motorfahrzeuge in Stunden/Monat	1	3	5	7,5
Unternehmenssteuer in Stunden/Monat	1	2	2	5
Handelsregister/SHAB in Stunden/Monat	1	1	2	2
Unternehmensgründung in Stunden/Monat	1	2	3	

© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N = 1527)

3.3 Externe administrative Belastung im Detail

Auch der extern vergebene Aufwand nimmt mit der Unternehmensgrösse deutlich zu. Während 35 Prozent der Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten höchstens 100 CHF pro Monat an externe Stellen vergeben (18% gar nichts), sind es bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten lediglich 7 Prozent. Umgekehrt wenden 5 Prozent der Kleinstunternehmen mehr als 5'000 CHF pro Monat auf, gegenüber 54 Prozent der Grossunternehmen, die sich je zur Hälfte auf 5'001 bis 25'000 CHF und mehr als 25'000 CHF verteilen.

Grafik 15



Der grösste externe administrative Aufwand fällt in stark standardisierten Bereichen an, die beispielsweise an Treuhänder delegiert werden dürften. Am häufigsten genannt wird die Rechnungslegung beziehungsweise Revision mit 45 Prozent, gefolgt von der Mehrwertsteuer (29%), AHV/IV/EO (28%) und der Unternehmenssteuer (25%). Im Mittelfeld folgen die 2. Säule (BVG) und das Arbeitsrecht (je 18 %) sowie Unfallversicherung/SUVA, branchenspezifische Vorschriften und der Datenschutz (je 16%). Nur selten genannt werden dagegen Bereiche wie die Unternehmensgründung (2%) oder der Ausbau von Produktionsanlagen (1%).

Nach Unternehmensgrösse zeigen sich auch beim externen Aufwand unterschiedliche Schwerpunkte. Über alle Unternehmensgrössen hinweg gehört Rechnungslegung/Revision zu den am häufigsten genannten Bereichen mit hohem externem Aufwand.

- Bei Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten gehören neben dem Bereich Rechnungslegung/Revision insbesondere AHV/IV/EO und die Mehrwertsteuer zu den häufig genannten Bereichen mit hohem externem Aufwand.

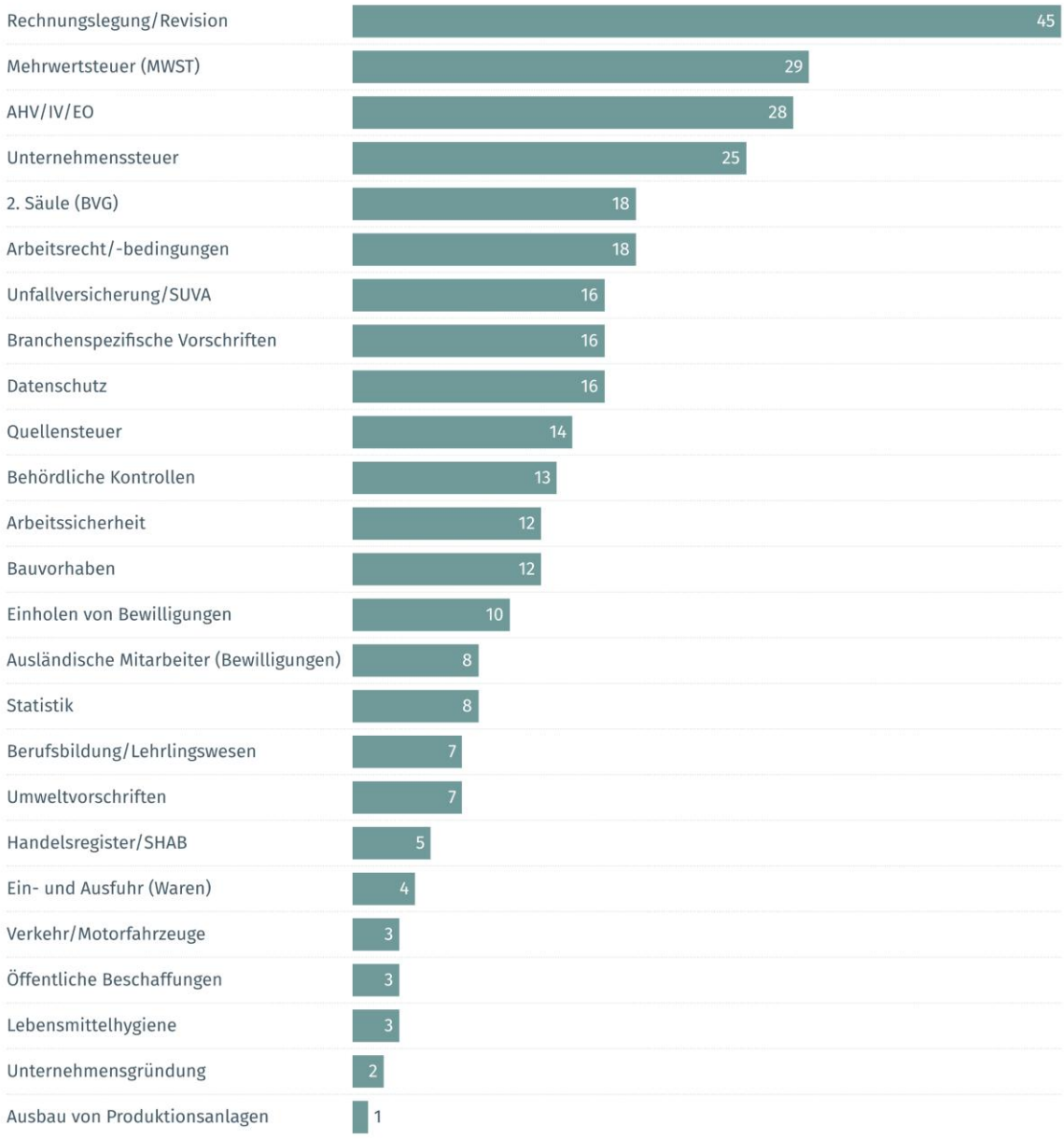
- Bei Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten treten dagegen Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen sowie branchenspezifische Vorschriften stärker in den Vordergrund.
- Bei Grossunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten zählen insbesondere Datenschutz und branchenspezifische Vorschriften zu den Bereichen, in denen häufig ein hoher externer Aufwand anfällt.

Grafik 16

Regulierungsbereiche mit den grössten externen administrativen Aufwänden

In welchen Regulierungsbereichen ist im letzten Jahr der grösste externe administrative Aufwand in Ihrem Unternehmen angefallen? Bitte wählen Sie maximal 10 Bereiche aus.

in % der befragten Unternehmen
Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=1523)

Während die bisherige Betrachtung zeigt, in welchen Regulierungsbereichen besonders häufig ein hoher externer Aufwand anfällt, ergänzt die Höhe der monatlichen Ausgaben dieses Bild um die finanzielle Dimension der Belastung.

Bei den Kleinstunternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten liegen die monatlichen externen Ausgaben in den meisten Regulierungsbereichen bei rund 100 bis 200 CHF. Die höchsten Medianwerte weisen öffentliche Beschaffungen und der Ausbau von Produktionsanlagen mit je 300 CHF pro Monat auf. Bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten liegen die externen Ausgaben bereits höher. Die höchsten Medianwerte erreichen branchenspezifische Vorschriften, Rechnungslegung beziehungsweise Revision und Bauvorhaben mit je 500 CHF pro Monat. Auch bei Berufsbildung und Lehrlingswesen sowie beim Einholen von Bewilligungen liegen die Werte bei rund 400 bis 450 CHF. Bei mittleren Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten steigen die externen Kosten weiter an. Besonders hoch fällt der Median beim Ausbau von Produktionsanlagen aus (2'000 CHF). Branchenspezifische Vorschriften sowie Rechnungslegung beziehungsweise Revision liegen bei je 1'000 CHF pro Monat, Berufsbildung und Lehrlingswesen bei 850 CHF pro Monat. Bei Grossunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten erreichen die externen Ausgaben in einzelnen Bereichen deutlich höhere Werte. Besonders hervorstechen Berufsbildung und Lehrlingswesen (15'000 CHF), öffentliche Beschaffungen (12'550 CHF) sowie Verkehr und Motorfahrzeuge (11'000 CHF) pro Monat. Dahinter folgen branchenspezifische Vorschriften (4'750 CHF) sowie Rechnungslegung beziehungsweise Revision (3'000 CHF).

Auch bei den externen Kosten zeigen sich in einzelnen Regulierungsbereichen Unterschiede zwischen den Branchen. Diese treten jedoch nur punktuell auf und ergeben über die verschiedenen Bereiche hinweg kein einheitliches Muster.

Grafik 17

Externer Aufwand in Franken pro Bereich nach Unternehmensgrösse (Median)

Wie viel gibt Ihr Unternehmen pro Monat ungefähr für die folgenden Bereiche aus? Bitte schätzen Sie den monatlichen Aufwand grob ein.

Befragte Unternehmen
Median



	1-9 Beschäftigte	10-49 Beschäftigte	50-249 Beschäftigte	mehr als 250 Beschäftigte
Berufsbildung/Lehrlingswesen in CHF/Monat	100	450	850	15.000
Öffentliche Beschaffungen in CHF/Monat	300	400	500	12.550
Verkehr/Motorfahrzeuge in CHF/Monat	200	350	205	11.000
Branchenspezifische Vorschriften in CHF/Monat	100	500	1.000	4.750
Rechnungslegung/Revision in CHF/Monat	200	500	1.000	3.000
Bauvorhaben in CHF/Monat	190	500	800	2.250
Unternehmenssteuer in CHF/Monat	100	250	500	2.000
Umweltvorschriften in CHF/Monat	100	350	500	1.250
Behördliche Kontrollen in CHF/Monat	100	150	500	1.200
2. Säule (BVG) in CHF/Monat	100	250	500	1.000
Mehrwertsteuer (MWST) in CHF/Monat	200	300	400	1.000
Quellensteuer in CHF/Monat	100	200	225	1.000
Arbeitsrecht/-bedingungen in CHF/Monat	150	200	450	1.000
Arbeitssicherheit in CHF/Monat	100	301,5	500	1.000
Ausländische Mitarbeiter (Bewilligungen) in CHF/Monat	100	175	200	1.000
Unternehmensgründung in CHF/Monat	1	100	500	1.000
Einholen von Bewilligungen in CHF/Monat	100	402	500	1.000
Datenschutz in CHF/Monat	50	300	500	1.000
AHV/IV/EO in CHF/Monat	90	300	500	900
Ausbau von Produktionsanlagen in CHF/Monat	300	350	2.000	750
Statistik in CHF/Monat	50	100	200	650
Lebensmittelhygiene in CHF/Monat	100	150	750	650
Ein- und Ausfuhr (Waren) in CHF/Monat	200	300	350	500
Unfallversicherung/SUVA in CHF/Monat	100	200	375	200
Handelsregister/SHAB in CHF/Monat	50	100	200	100

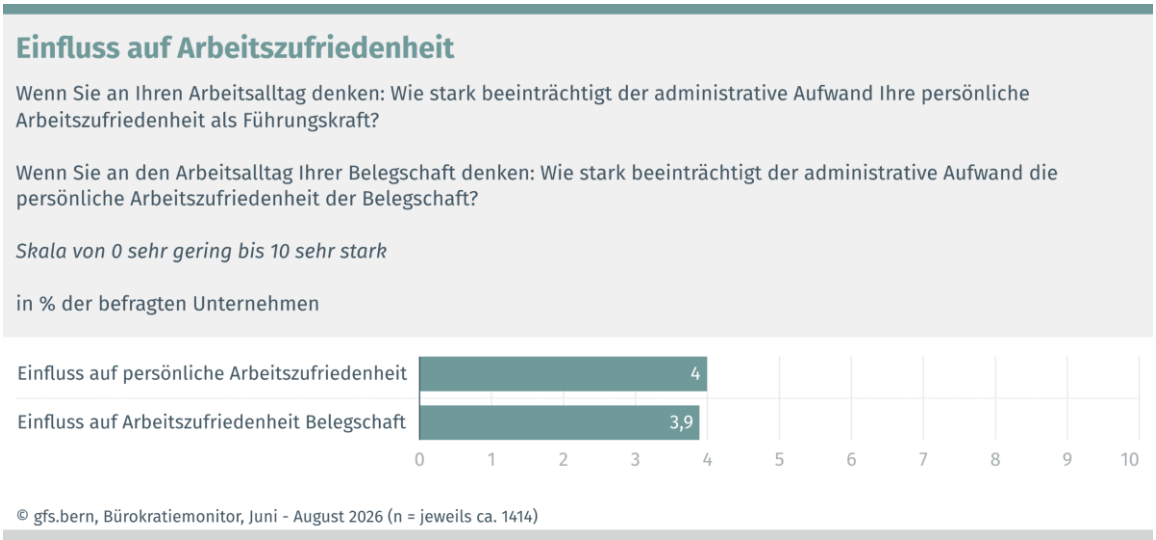
© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N = 1527)

4 Auswirkungen des administrativen Aufwands

In der Umfrage wurden Führungskräfte nach ihren Einschätzungen und Wahrnehmungen zu den Beeinträchtigungen durch den Aufwand im Arbeitsalltag und sowie zu dessen allgemeineren Folgen des administrativen Aufwands befragt. Neben dem Einfluss regulatorischer Aufgaben auf die Arbeitsplatzzufriedenheit stehen insbesondere die Einschränkungen der unternehmerischen Tätigkeit sowie Auswirkungen auf andere unternehmerische Tätigkeiten im Fokus.

Der administrative Aufwand beeinträchtigt die Arbeitszufriedenheit insgesamt nur moderat. Auf einer Skala von 0 (sehr gering) bis 10 (sehr stark) beurteilen die Führungskräfte den Einfluss auf ihre persönliche Arbeitszufriedenheit mit einem Mittelwert von 4. Nahezu identisch fällt die Einschätzung für die Belegschaft aus (3,9). Die Belastung durch administrative Aufgaben wirkt sich damit sowohl auf Führungsebene als auch bei den Mitarbeitenden in vergleichbarem Ausmass auf die Arbeitszufriedenheit aus.

Grafik 18



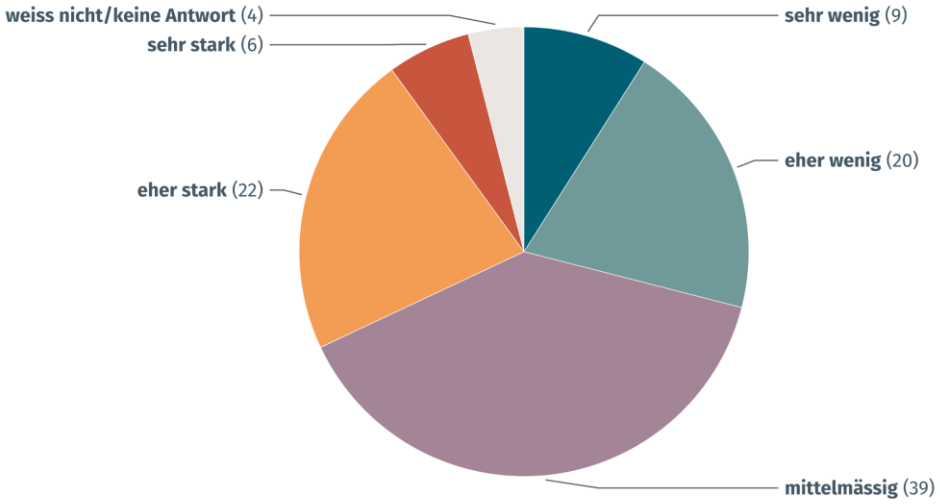
Eine Mehrheit von fast vier aus zehn Personen (39%) gibt an, dass der administrative Aufwand ihre unternehmerische Tätigkeit mittelmässig einschränke. Ergänzt wird dies durch weitere 22 Prozent, die die Einschränkung als «eher stark» sowie 6 Prozent, die eine «sehr starke» Einschränkung angeben. Demgegenüber stehen 29 Prozent der Befragten, welche die Beeinträchtigung der unternehmerischen Tätigkeit aufgrund des administrativen Aufwands als eher wenige (20%) oder sehr wenig (9%) ausgeprägt einordnen.

Grafik 19

Beeinträchtigung der unternehmerischen Tätigkeit

Inwiefern beeinträchtigt der administrative Aufwand Ihre unternehmerischen Tätigkeit?

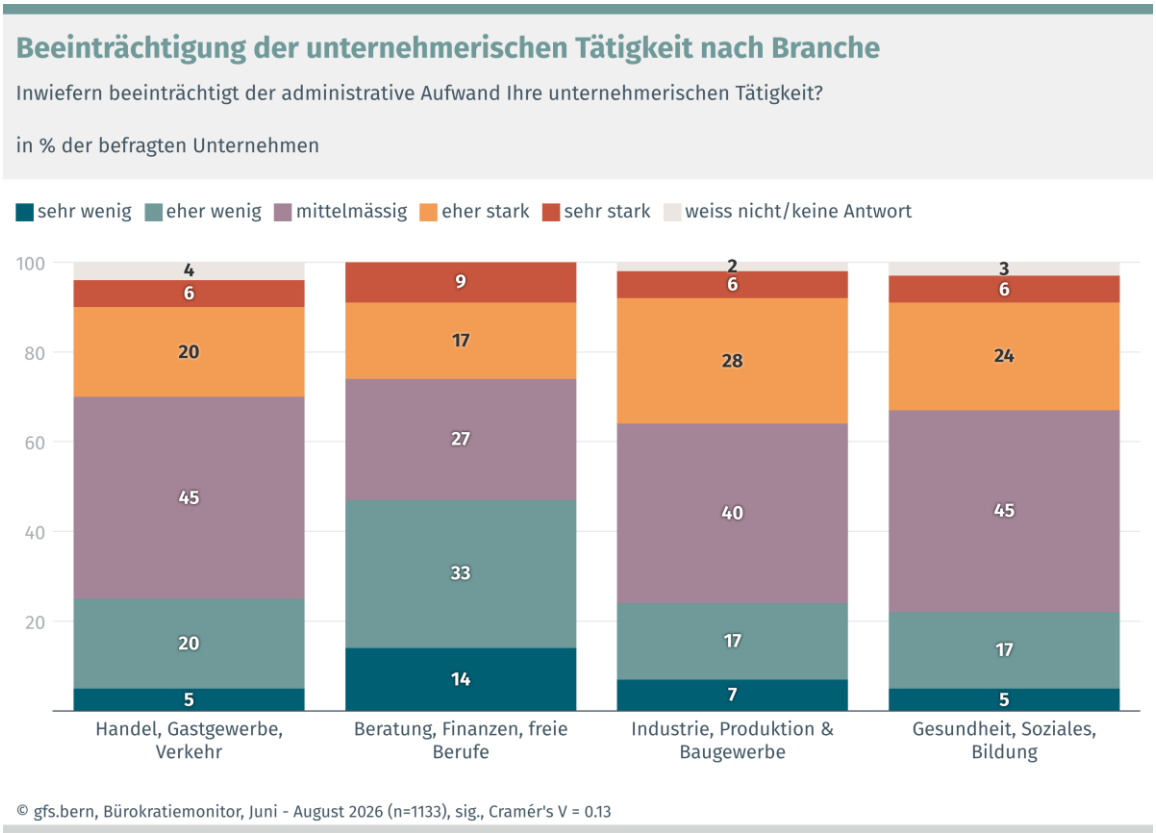
in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

Die wahrgenommene Beeinträchtigung der unternehmerischen Tätigkeit unterscheidet sich nach Branche. Am geringsten fällt sie bei Unternehmen aus Beratung, Finanzen und freien Berufen aus: 47 Prozent fühlen sich durch den administrativen Aufwand sehr oder eher wenig beeinträchtigt, während 26 Prozent eine eher oder sehr starke Beeinträchtigung wahrnehmen. Am stärksten fällt die Beeinträchtigung in Industrie, Produktion und Baugewerbe aus. Dort geben insgesamt 34 Prozent eine eher oder sehr starke Beeinträchtigung an. Im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich liegt dieser Anteil bei 30 Prozent, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr bei 26 Prozent.

Grafik 20



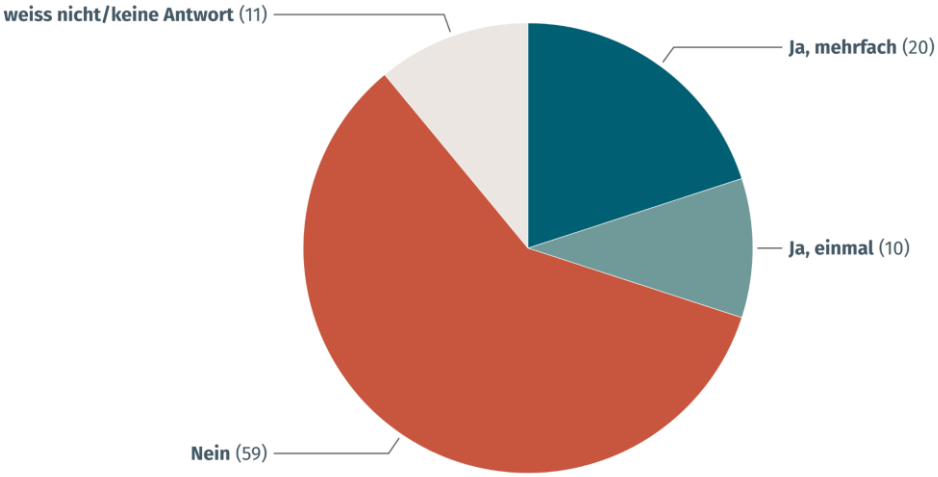
Die wahrgenommene Beeinträchtigung aufgrund des administrativen Aufwands scheint teilweise auch mit effektiven Verhaltensanpassungen der Unternehmen einherzugehen: 20 Prozent der befragten Unternehmen geben an, sie hätten aufgrund des administrativen Aufwands mehrfach Vorhaben verschoben. Hinzu kommen weitere 10 Prozent der Befragten, die angeben, sie hätten einmal ein Vorhaben aufgrund des Aufwands verschoben. Diesen beiden Gruppen stehen sechs von zehn Unternehmen (59%) gegenüber, die keine Vorhaben verschoben, verkleinert oder aufgegeben haben aufgrund des administrativen Aufwands.

Grafik 21

Auswirkungen des administrativen Aufwands auf andere Vorhaben

Haben Sie in den letzten 12 Monaten aufgrund von administrativem Aufwand andere Vorhaben verschoben, verkleinert oder ganz aufgegeben?

in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (N=1527)

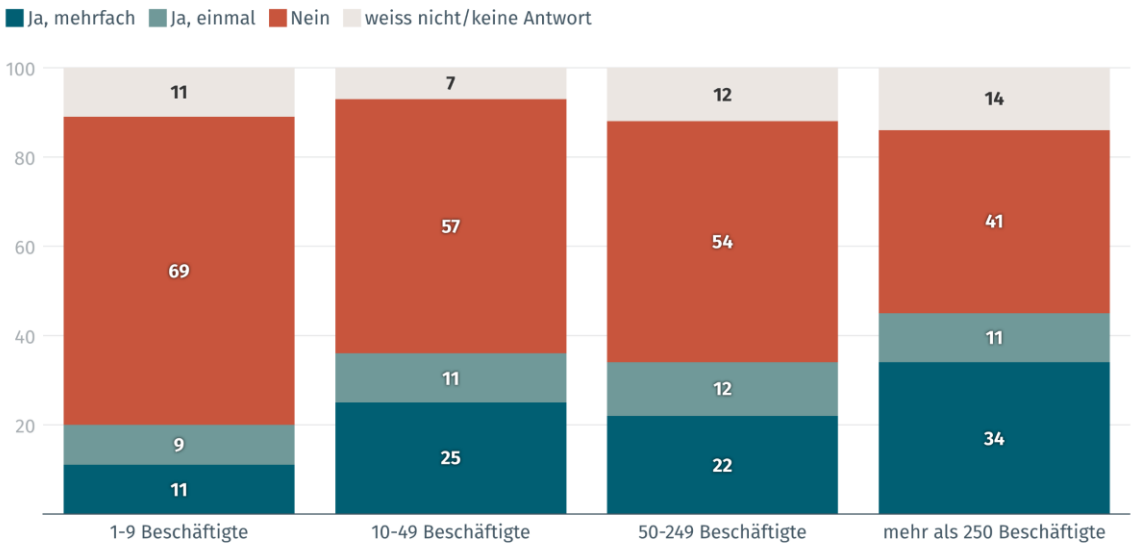
In Bezug auf diese Folgen der administrativen Aufwände zeigen sich deutliche Unterschiede abhängig von der Unternehmensgrösse: Mit zunehmender Unternehmensgrösse steigt tendenziell der Anteil der Unternehmen, die aufgrund des administrativen Aufwands Vorhaben verschoben, verkleinert oder aufgegeben haben. Bei Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten betrifft dies 20 Prozent, bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 36 Prozent und bei Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten 34 Prozent. Bei Grossunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten liegt der Anteil mit 45 Prozent am höchsten. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Unternehmen, die keine entsprechenden Auswirkungen feststellen, von 69 Prozent bei Kleinstunternehmen auf 41 Prozent bei Grossunternehmen.

Grafik 22

Auswirkungen des administrativen Aufwands nach Unternehmensgrösse

Haben Sie in den letzten 12 Monaten aufgrund von administrativem Aufwand andere Vorhaben verschoben, verkleinert oder ganz aufgegeben?

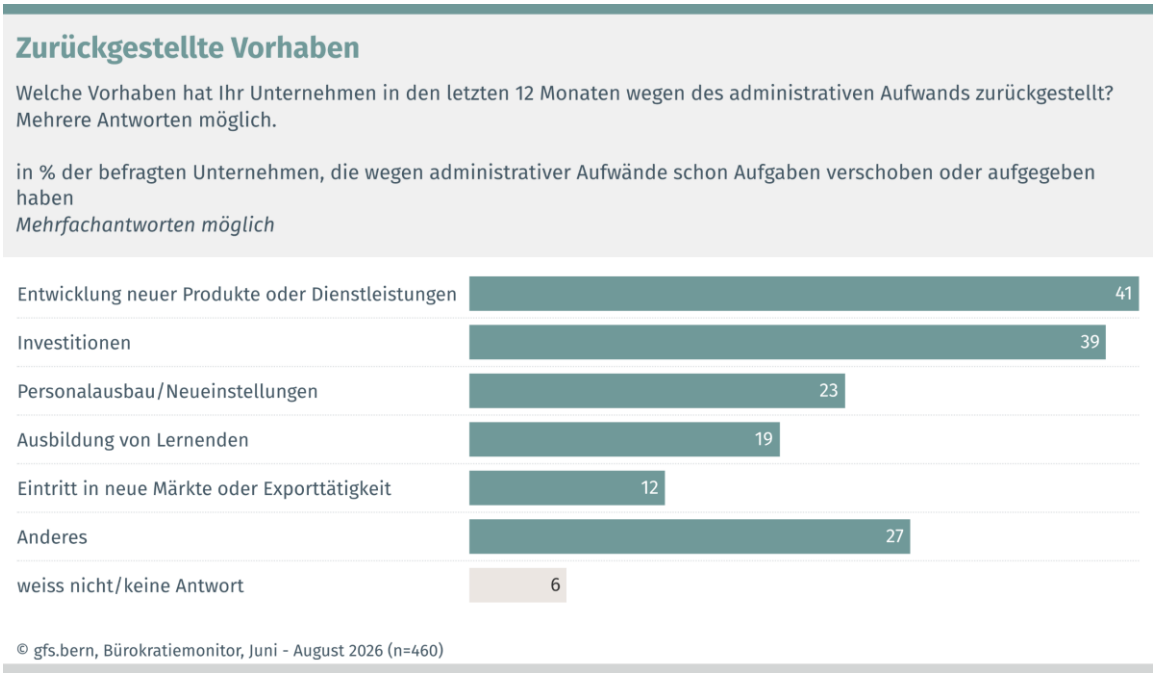
in % der befragten Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=1480), sig., Cramér's V = 0.12

Von den Unternehmen, die ein Vorhaben aufgrund des administrativen Aufwands angepasst haben, haben rund 450 Befragte Angaben zum zurückgestellten Vorhaben gemacht. Daher lässt sich festhalten, dass gerade Vorhaben mit Auswirkungen auf die unternehmerische Zukunft nicht in der ursprünglich geplanten Form durchgeführt wurden. Jeweils zwei von fünf Unternehmen gaben an, dass die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen (41%) beziehungsweise Investitionen (39%) nicht wie geplant umgesetzt wurden. Eins von fünf Unternehmen nannte zudem, dass ein Personalausbau (23%) oder die Ausbildung von Lernenden (19%) nicht umgesetzt wurde.

Grafik 23



Bei der offenen Frage nach besonders aufwändigen oder schwer nachvollziehbaren administrativen Erfahrungen in den letzten 12 Monaten zeigt sich ein breites Spektrum. Am häufigsten werden Erfahrungen mit branchenspezifischen Vorschriften und Statistik mit je 11 Prozent genannt. Bei branchenspezifischen Vorgaben stehen insbesondere neue oder veränderte Anforderungen, Dokumentationspflichten und Reportings im Vordergrund. Bei Statistiken wird vor allem der Aufwand für wiederkehrende Erhebungen und die erneute Aufbereitung bereits vorhandener Daten kritisiert. Dies zeigen etwa die Aussagen «Alle Erhebungen des Bundesamtes für Statistik. Das Ausfüllen der Fragebögen braucht Stunden.» oder «Doppelte Statistik mit Werten, die bereits gemeldet wurden». Für 10 Prozent waren Interaktionen mit Behörden in Bezug auf Baubewilligungen besonders aufwändig oder schwer nachvollziehbar. Die Unternehmen berichten hier insbesondere von langen Verfahren, zahlreichen beteiligten Stellen und wiederholten Nachforderungen. Exemplarisch beschreibt ein Unternehmen: «Baubewilligungen sind extrem aufwändig, in jedem Kanton und jeder Stadt anders und es ist oft unvorhersehbar, was welche Ämter fordern.» Weitere 9 Prozent nennen Personal bezüglich der Sozialversicherungen, wobei vor allem Meldungen, Formulare und Abrechnungen rund um AHV, IV oder Familienzulagen als aufwändig erlebt werden. Je 7 Prozent nennen Vorschriften in Bezug auf den Datenschutz und erwähnen Erlebnisse in Verbindung mit dem Personal und dem Anstellen von Personal. Bei Letzteren stehen insbesondere Arbeitsbewilligungen sowie die verschiedenen Anmeldungen und Meldungen rund um neue Mitarbeitende im Vordergrund. Beim

Datenschutz wird teilweise auch ein Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit hergestellt: «Das Thema Datenschutz wird immer aufwändiger und schwieriger. Das ist für uns der grösste Wettbewerbsnachteil und das grösste Hindernis für Effizienz, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.»

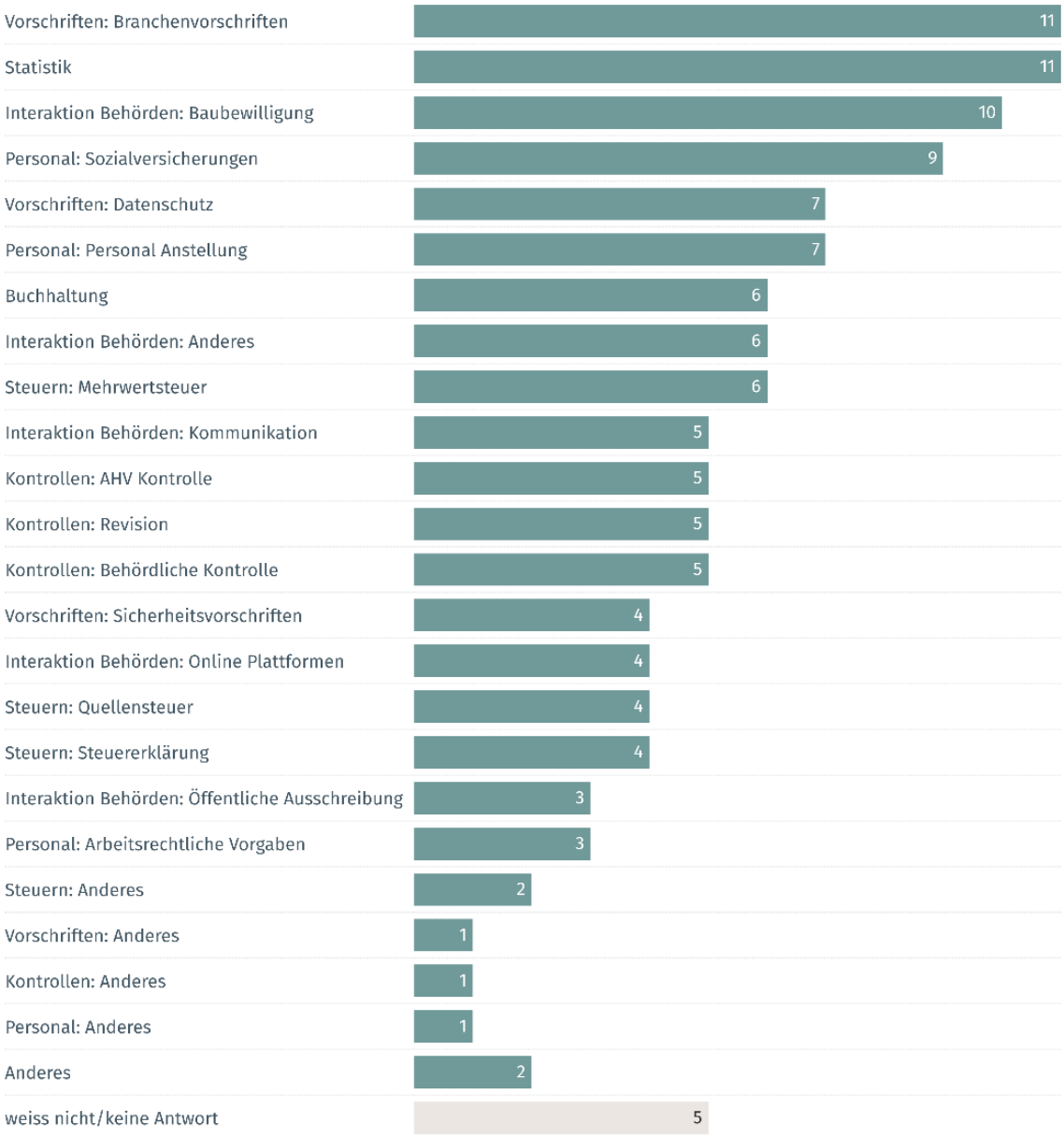
Weitere Nennungen betreffen Buchhaltung, sonstige Interaktionen mit Behörden und die Mehrwertsteuer mit je 6 Prozent. Je 5 Prozent entfallen auf die Kommunikation mit Behörden sowie auf Kontrollen im Zusammenhang mit AHV, Revisionen und allgemeine behördliche Kontrollen. Sicherheitsvorschriften, Onlineplattformen der Behörden, Quellensteuer und Steuererklärungen werden von je 4 Prozent genannt. Öffentliche Ausschreibungen und arbeitsrechtliche Vorgaben folgen mit je 3 Prozent. Weitere steuerliche Bereiche werden von 2 Prozent genannt. Einzelne Nennungen betreffen weitere Vorschriften, Kontrollen und Personalthemen. Neben einzelnen besonders aufwändigen Vorgängen wird dabei auch die Kumulation wiederkehrender Aufgaben als Belastung beschrieben: «Es ist eher die Wiederholung all dieser administrativen Aufgaben, Vorschriften usw., die in der Summe immer höhere Kosten und einen steigenden Zeitbedarf verursacht.»

Grafik 24

Beispiel für aufwändige administrative Aufgaben

Wenn Sie an die letzten 12 Monate zurückdenken: Welches administrative Erlebnis war besonders aufwändig oder schwer nachvollziehbar?

in % der befragten Unternehmen mit inhaltlicher Antwort



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juli 2026 (n=732)

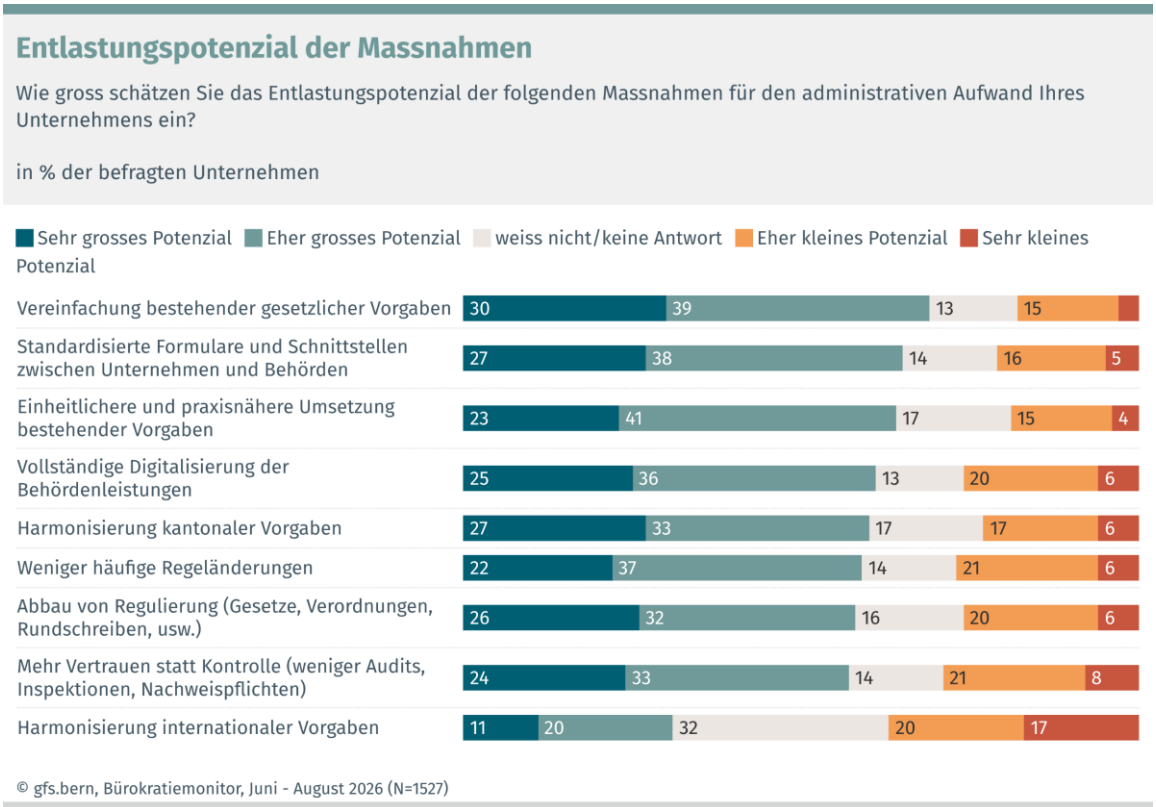
5 Entlastungspotenzial

5.1 Für Massnahmen offen

Aufbauend auf der Wahrnehmung bürokratischer Hürden befasst sich dieses Kapitel mit den Massnahmen, die aus Sicht der befragten Personen zur Reduktion des administrativen Aufwands beitragen würden.

Insgesamt ist festzustellen, dass eine Vielzahl von Massnahmen von einer deutlichen Mehrheit der Befragten befürwortet wird. Als besonders gross wird das Potenzial gemäss den Rückmeldungen bei der Vereinfachung von Vorgaben (69%), Standardisierung und Erstellung von Schnittstellen (65%), Vereinheitlichung von Vorgaben (64%) und bei der Digitalisierung angesehen. Weitere Felder betreffen die Harmonisierung kantonaler Vorgaben (60%), der Reduktion der Häufigkeit von Regeländerungen (59%), dem Abbau von Regulierungen (58%) sowie einem stärkeren Setzen auf Vertrauen statt auf Kontrolle (57%). Eher weniger im Fokus steht die Massnahme, internationale Vorgaben zu harmonisieren, dessen Entlastungspotenzial von 37 Prozent als moderat (17% sehr kleines, 20% eher kleines Potenzial) angesehen wird, während 31 Prozent darin ein grösseres Potenzial wahrnehmen (20% eher grosses, 11% sehr grosses Potenzial).

Grafik 25



Zum besseren Verständnis der allgemeinen Situation wird untersucht, wie die Einschätzung des Entlastungspotenzials einzelner Massnahmen mit der Wahrnehmung einer hohen administrativen Belastung zusammenhängt. Dies ermöglicht eine Einschätzung zur Frage, ob Personen, die die administrative Belastung als besonders ausgeprägt wahrnehmen, tatsächlich den genannten Massnahmen zustimmen.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass einige Massnahmen einen statistisch gesicherten Zusammenhang mit der Wahrnehmung der administrativen Belastung aufweisen: Wer dem Abbau von Regulierungen sowie dem Grundsatz «mehr Vertrauen statt Kontrolle» ein hohes Entlastungspotenzial zuschreibt, weist eine um je 16 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, die Belastung als hoch einzustufen. Auch die Vereinfachung bestehender gesetzlicher Vorgaben wirkt signifikant positiv (+13 Prozentpunkte).

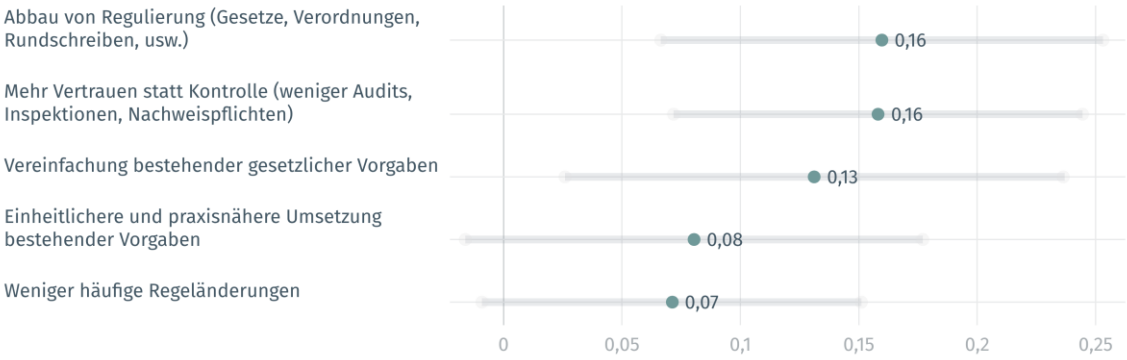
Keinen signifikanten Effekt zeigen dagegen eine einheitlichere und praxisnähere Umsetzung bestehender Vorgaben sowie weniger häufige Regeländerungen.

Grafik 26

Einfluss Entlastungspotenzial von Massnahmen auf die Wahrscheinlichkeit, die administrative Belastung als hoch zu beurteilen

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass die Massnahme 'Abbau von Regulierung' hohes Entlastungspotenzial hat, haben eine 16 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die administrative Belastung als hoch zu beurteilen (alle anderen Faktoren konstant).

Befragte Unternehmen



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n = 649). Zusätzliche Kontrollvariablen: Anzahl Mitarbeitende, Umsatz, Branche. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

Bei der offenen Frage nach konkreten Massnahmen zur Reduktion des administrativen Aufwands stehen digitale Lösungen und eine Vereinfachung der Regulierung im Vordergrund. Je 13 Prozent nennen Digitalisierung bezüglich digitaler Plattformen und Schnittstellen sowie Vorschriften bezüglich ihres Abbaus. Bei der Digitalisierung werden insbesondere zentrale Behördenportale, die direkte Übermittlung von Daten aus Unternehmenssoftware und die Vermeidung mehrfacher Dateneingaben als Entlastung beschrieben. Ein Unternehmen formuliert den Wunsch nach einer Bündelung folgendermassen: «Eine einzige Plattform zum Erledigen aller staatlichen, kantonalen und regionalen Anliegen (UID, Steuern, AHV etc.).» Gleichzeitig werden bestehende digitale Lösungen teilweise bereits als Erleichterung wahrgenommen. So berichtet ein anderes Unternehmen: «Sämtliche Plattformen wie z. Bsp. MWST Einreichung, QST mit Schnittstelle, AHV und Pensionskassentools haben die Arbeit sehr erleichtert.» Beim Abbau von Vorschriften wünschen sich die Unternehmen weniger und einfachere Regelungen. Weitere 12 Prozent nennen Interaktionen mit Behörden bezüglich AHV-Abrechnung. Dabei werden insbesondere elektronische Lohnmeldungen, AHV-Portale und automatisierte Übermittlungen als konkrete Erleichterungen hervorgehoben. Interaktionen mit Behörden bezüglich Kommunikation folgen mit 11 Prozent. Hier stehen einfachere Kontaktwege, klare Ansprechpersonen und ein besser abgestimmter Informationsaustausch im Vordergrund. Je 9

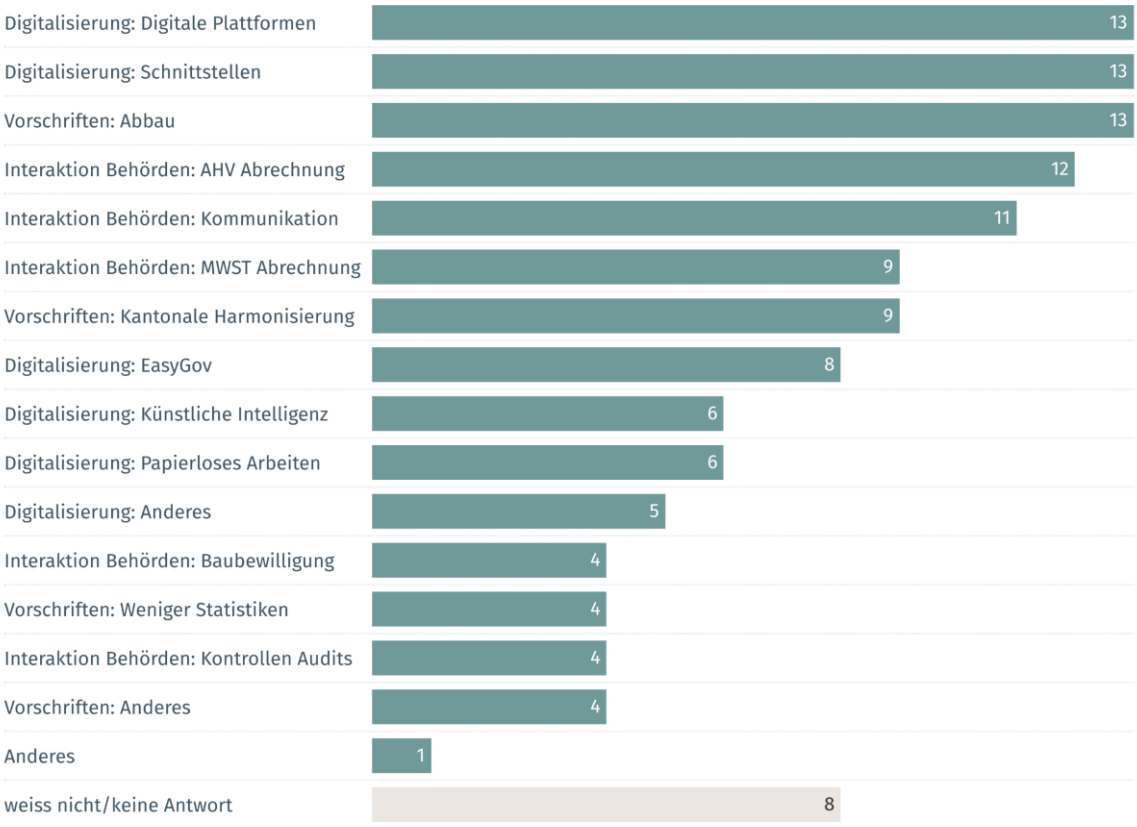
Prozent nennen Interaktionen mit Behörden bezüglich MWST-Abrechnung und Vorschriften bezüglich kantonaler Harmonisierung. Bei Letzterer wird insbesondere eine einheitlichere Handhabung von Verfahren und Vorgaben über Kantonsgrenzen hinweg gewünscht. Ein Unternehmen verbindet diesen Wunsch direkt mit der Digitalisierung: «Kantonale Unterschiede abbauen oder moderne JSON-Schnittstellen anbieten, damit Daten automatisiert übertragen werden können.» Weitere Nennungen betreffen Digitalisierung bezüglich EasyGov mit 8 Prozent sowie Digitalisierung bezüglich künstlicher Intelligenz und papierlosem Arbeiten mit je 6 Prozent. Dass Digitalisierung jedoch nicht in jedem Fall als Vereinfachung wahrgenommen wird, zeigt folgende Aussage: «Das Verbesserungspotenzial ist riesig, aber die Fakten zeigen, dass die Digitalisierung eine Quelle von Komplikationen sein kann: Zunahme der zu liefernden Informationen, nicht leistungsfähige Plattformen, nachträgliche Änderung von Anforderungen, Kosten für die Anpassung von Verwaltungsprogrammen.» Behördliche Interaktionen bezüglich Baubewilligungen sowie Audits und bei den Vorschriften bezüglich weniger Statistiken werden von je 4 Prozent genannt.

Grafik 27

Beispiel Massnahmen Reduktion administrative Aufwände

Können Sie konkrete Beispiele oder Massnahmen nennen, die den administrativen Aufwand Ihres Unternehmens bereits reduziert haben oder künftig reduzieren könnten?

in % der befragten Unternehmen mit inhaltlicher Antwort



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=480)

5.2 Factsheet: Beratung, Finanzen und freie Berufe

Bei den Befragten aus den Bereichen Beratung, Finanzen und freie Berufe zeigen sich vor-allem zwei Beobachtungen.

Erstens wird der vollständigen Digitalisierung der Behördenleistungen ein höheres Entlas-tungspotenzial zugesprochen (68%) als bei den Unternehmen der übrigen Branchen (61%). Deutlich weniger im Fokus steht hingegen die Harmonisierung kantonaler (53% gegenüber 60%) und internationaler (26% gegenüber 31%) Vorgaben.

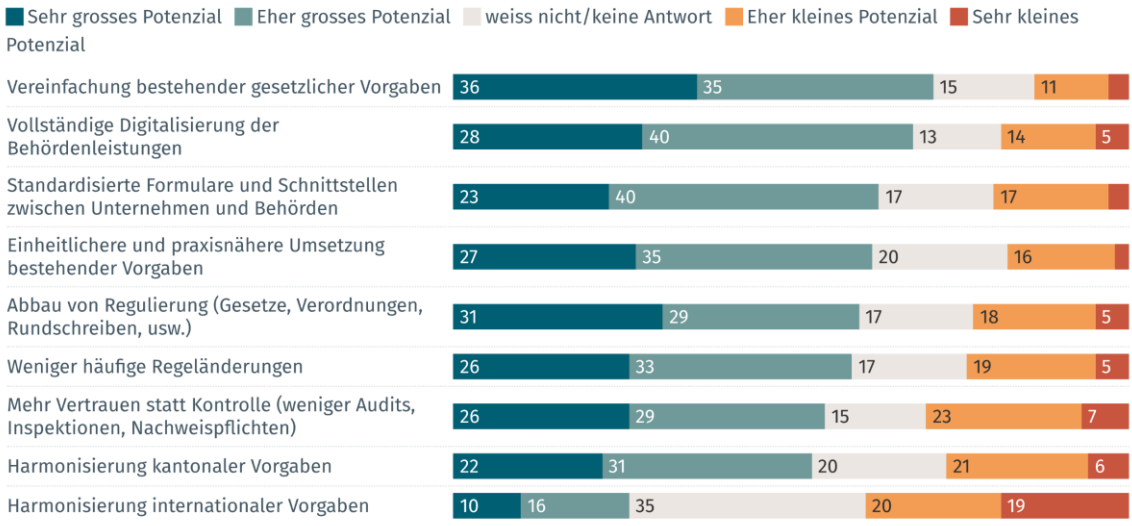
Insgesamt sind bei dieser Gruppe die Vereinfachung bestehender gesetz-licher Vorgaben, die vollständige Digitalisierung sowie standardisierte Formulare respektive Schnittstellen die Massnahmen, denen das grösste Entlastungspotenzial zugeschrieben wird.

Grafik 28

Beratung, Finanzen, freie Berufe: Entlastungspotenzial der Massnahmen

Wie gross schätzen Sie das Entlastungspotenzial der folgenden Massnahmen für den administrativen Aufwand Ihres Unternehmens ein?

in % der befragten Unternehmen im Bereich Beratung/Finanzen/freie Berufe



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=156)

Massnahmen, die die Unternehmen aus den Branchen Beratung, Finanzen und freie Berufe entlasten, könnten in unterschiedlichen Bereichen ihre Wirkung entfalten. Denn gemäss eigenen Angaben haben Unternehmen aus diesen Branchen sowohl die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen (59%), den Personalausbau (41%) sowie Investitionen (38%) zurückgestellt, aufgrund des administrativen Aufwands.

Die Vereinfachung bürokratischer Prozesse, wie sie insbesondere durch die drei Massnahmen mit dem grössten Entlastungspotenzial angestrebt wird, könnte somit Ressourcen frei machen, um Kernbereiche der unter-nehmerischen Tätigkeit zu verfolgen. Besonders relevant ist dies auch für

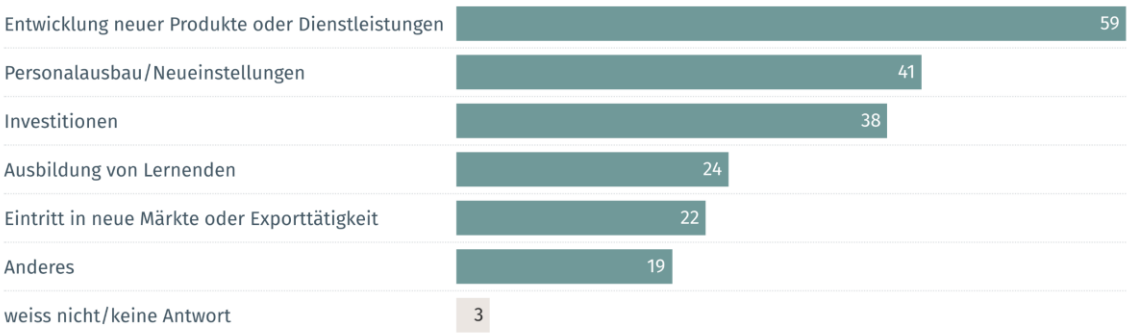
die Entwicklung der Unternehmen, da sie besonders häufig auf Innovation, Investitionen oder Personalausbau verzichten.

Grafik 29

Beratung, Finanzen, freie Berufe: Zurückgestellte Vorhaben

Welche Vorhaben hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten wegen des administrativen Aufwands zurückgestellt? Mehrere Antworten möglich.

in % der befragten Unternehmen im Bereich Beratung/Finanzen/freie Berufe, die wegen administrativer Aufwände schon Aufgaben verschoben oder aufgegeben haben
Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=37)

5.3 Factsheet: Gesundheit, Soziales und Bildung

Befragte aus den Branchen Gesundheit, Soziales und Bildung weisen im Allgemeinen eine etwas höhere Zustimmung zum Entlastungspotenzial der aufgeführten Massnahmen auf. Eine Ausnahme bildet die Harmonisierungen im internationalen Kontext, die in dieser Berufssparte auf weniger Zustimmung stösst (26%) als im Durchschnitt der Befragten (31%).

Auf mehr Zustimmung hingegen stossen insbesondere die Bereiche der kantonalen Harmonisierung (65% gegenüber 60% im Allgemeinen) sowie der Wunsch nach mehr Vertrauen statt Kontrollen (64% gegenüber 57%).

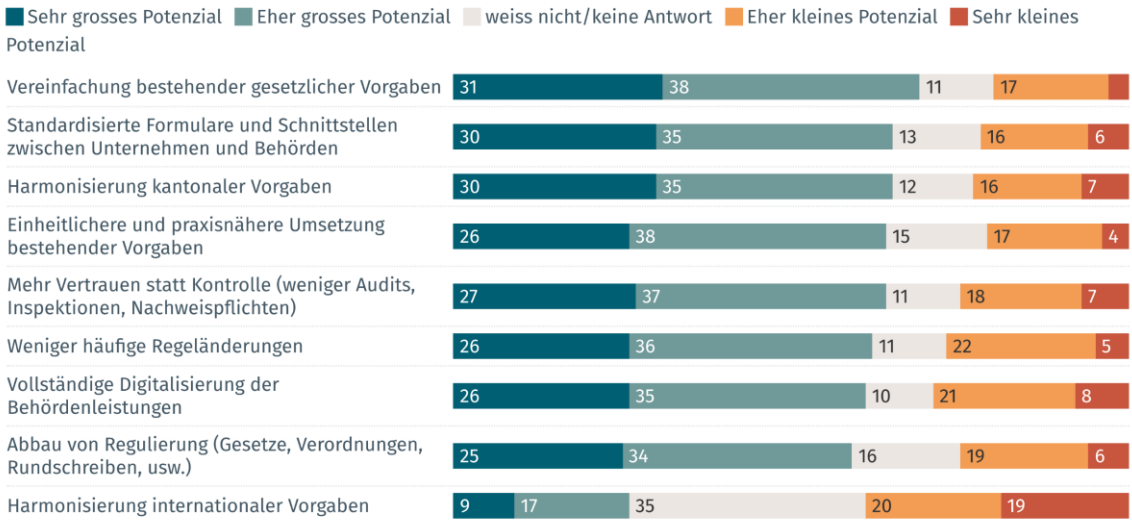
Am meisten Zustimmung erfahren die Bereiche Vereinfachung bestehender Vorgaben, die Schaffung standardisierter Formulare und Schnittstellen und die Harmonisierung kantonaler Vorgaben.

Grafik 30

Gesundheit, Soziales, Bildung: Entlastungspotenzial der Massnahmen

Wie gross schätzen Sie das Entlastungspotenzial der folgenden Massnahmen für den administrativen Aufwand Ihres Unternehmens ein?

in % der befragten Unternehmen im Bereich Gesundheit/Soziales/Bildung



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=330)

In den Branchen Gesundheit, Soziales und Bildung wurden sowohl Vorhaben zurückgestellt, welche die Innovation und Zukunft (Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen von 47% und Investitionen von 38% genannt) des Unternehmens betreffen, als auch die Ausbildung von neuen Lernenden (21%).

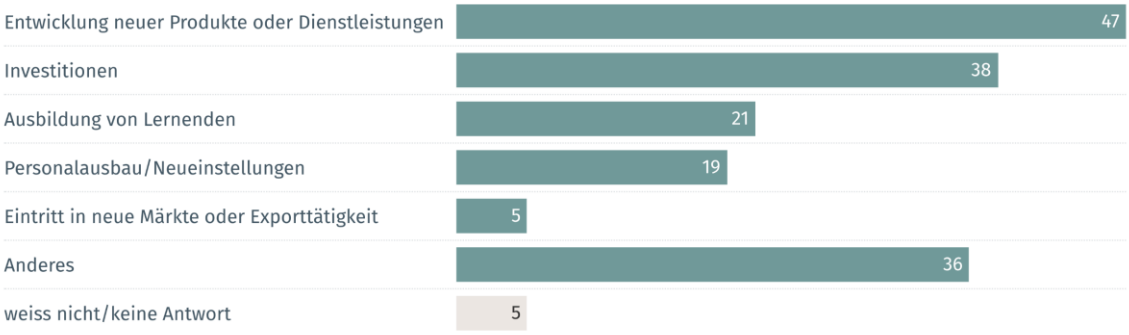
In den genannten Branchen steht vor allem die Vereinheitlichung von Vorgaben als Massnahme mit grossem Entlastungspotenzial im Vordergrund. Es könnte sein, dass eine entsprechende Entlastung sowohl personelle Ressourcen für die Ausbildung von Lernenden als auch finanzielle Ressourcen für die Innovation und Entwicklung in den Unternehmen frei machen könnte.

Grafik 31

Gesundheit, Soziales, Bildung: Zurückgestellte Vorhaben

Welche Vorhaben hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten wegen des administrativen Aufwands zurückgestellt? Mehrere Antworten möglich.

in % der befragten Unternehmen im Bereich Gesundheit/Soziales/Bildung, die wegen administrativer Aufwände schon Aufgaben verschoben oder aufgegeben haben
Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=127)

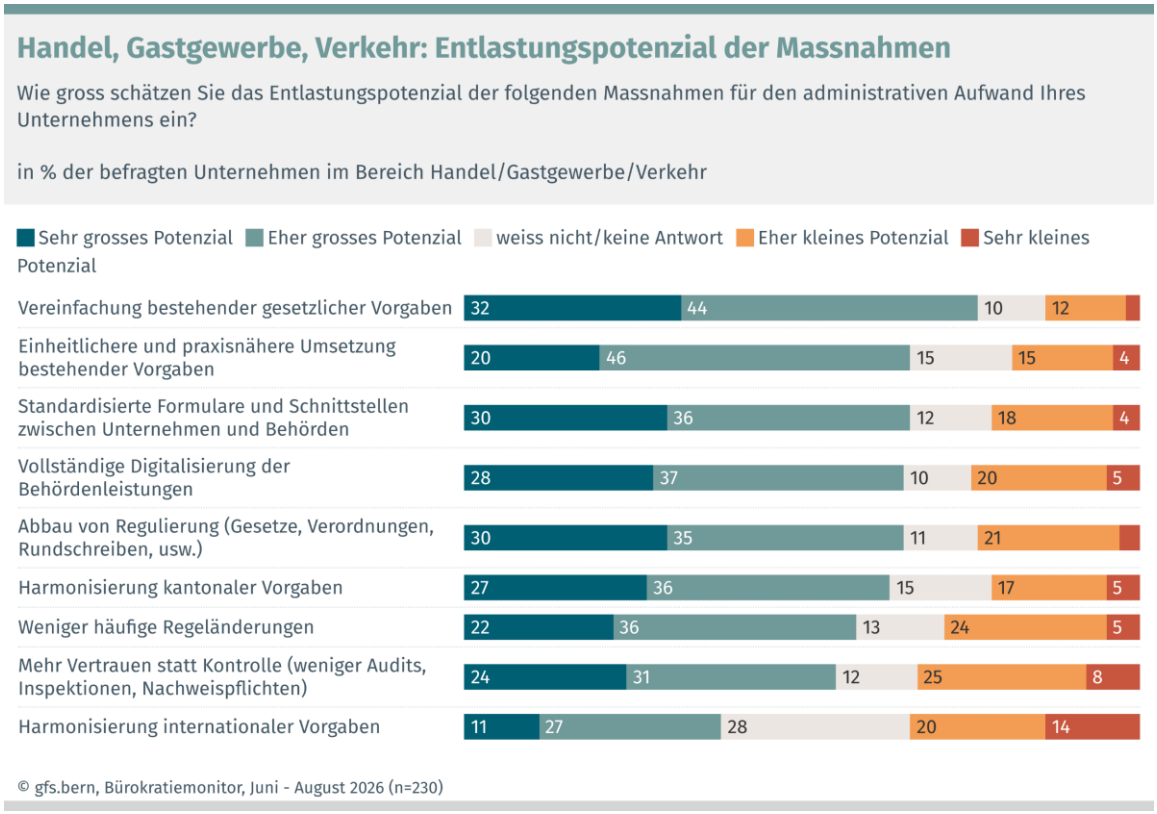
5.4 Factsheet: Handel, Gastgewerbe und Verkehr

Befragte aus den Branchen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind insbesondere der Ansicht, dass eine Vereinfachung bestehender Vorgaben den administrativen Aufwand ihres Unternehmens reduzieren würde (76% gegenüber 69%). Hinzu kommt, dass der Abbau von Regulierung häufiger (65%) als im Durchschnitt aller Befragten (58%) als potenzielle Entlastungsmassnahme gewählt wurde.

Ebenfalls sticht in diesen Branchen heraus, dass die internationale Harmonisierung bei fast vier von zehn Personen (38%) auf eine höhere Zustimmung stösst als bei den rund drei von zehn Personen (31%) im Durchschnitt.

Die drei Massnahmen, die gemäss den Befragten aus den Branchen Handel, Gastgewerbe und Verkehr das grösste Entlastungspotenzial für den administrativen Aufwand ihres Unternehmens aufweisen sind: die Vereinfachung bestehender Vorgaben (76%), eine einheitlichere und praxisnähere Umsetzung der bestehenden Vorgaben (66%) und die Standardisierung von Formularen und Schnittstellen zwischen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung (66%).

Grafik 32



Im Handel, dem Gastgewerbe und dem Verkehr zählen insbesondere Investitionen (51%) und die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen (40%) zu den Bereichen, welche aufgrund des administrativen Aufwands nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden. Ebenfalls zurückgestellt wurde der Personalausbau (20%) oder die Ausbildung von Lernenden (17%).

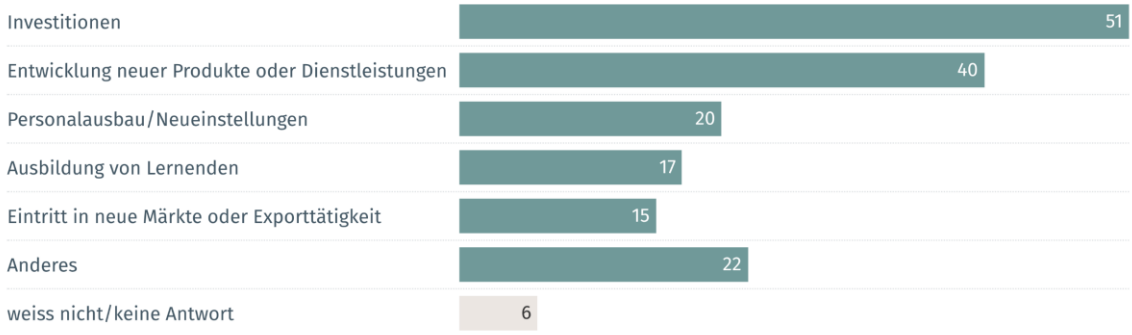
Im Handel, dem Gastgewerbe und dem Verkehr scheinen insbesondere die Investitionen aufgrund des administrativen Aufwands zurückgestellt zu werden. Um diesbezüglich Abhilfe zu schaffen, könnten Massnahmen mit Entlastungspotenzial hilfreich sein, wobei der Fokus auf der Vereinfachung und Vereinheitlichung administrativer Prozesse liegt, um Ressourcen für Investitionen freizulegen.

Grafik 33

Handel, Gastgewerbe, Verkehr: Zurückgestellte Vorhaben

Welche Vorhaben hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten wegen des administrativen Aufwands zurückgestellt? Mehrere Antworten möglich.

in % der befragten Unternehmen im Bereich Handel/Gastgewerbe/Verkehr, die wegen administrativer Aufwände schon Aufgaben verschoben oder aufgegeben haben
Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=82)

5.5 Factsheet: Industrie, Produktion und Baugewerbe

Bei Befragten aus den Branchen Industrie, Produktion und Baugewerbe wird insbesondere standardisierten Formularen (70% gegenüber 65%) sowie einer einheitlicheren und praxisnäheren Umsetzung bestehender Vorgaben (69% gegenüber 64%) ein höheres Entlastungspotenzial zugeschrieben.

Ebenfalls eine höhere Zustimmung als bei Befragten aus den übrigen Branchen weisen die Massnahmen zur Reduktion der Häufigkeit von Regeländerungen (65% gegenüber 59%) und der Abbau von Regulierungen (64% gegenüber 57%) auf.

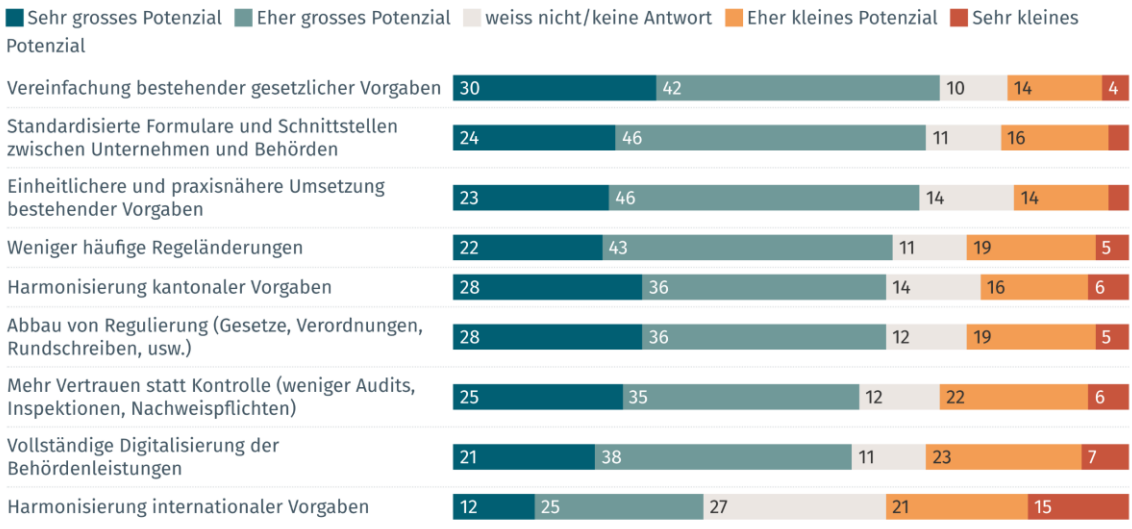
In den Branchen Industrie, Produktion und Baugewerbe wird das Entlastungspotenzial folgender Massnahmen als besonders bedeutend angesehen, um den administrativen Aufwand ihres Unternehmens zu reduzieren: die Vereinfachung bestehender gesetzlicher Vorgaben (72%), standardisierte Formulare beziehungsweise Schnittstellen zwischen Unternehmen und öffentlicher Verwaltung (70%) und die einheitlichere sowie praxisnähere Umsetzung bestehender Vorgaben (69%).

Grafik 34

Industrie, Produktion & Baugewerbe: Entlastungspotenzial der Massnahmen

Wie gross schätzen Sie das Entlastungspotenzial der folgenden Massnahmen für den administrativen Aufwand Ihres Unternehmens ein?

in % der befragten Unternehmen im Bereich Industrie/Produktion/Baugewerbe



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=417)

In den Branchen der Industrie, der Produktion und dem Baugewerbe werden Investitionen (36%), die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen (32%) sowie der Personalausbau (25%) aufgrund des administrativen Aufwands zurückgestellt oder nicht umgesetzt. Allerdings liegen die Zustimmungswerte zu diesen Rückstellungen auf deutlich tieferem Niveau als in anderen Branchen.

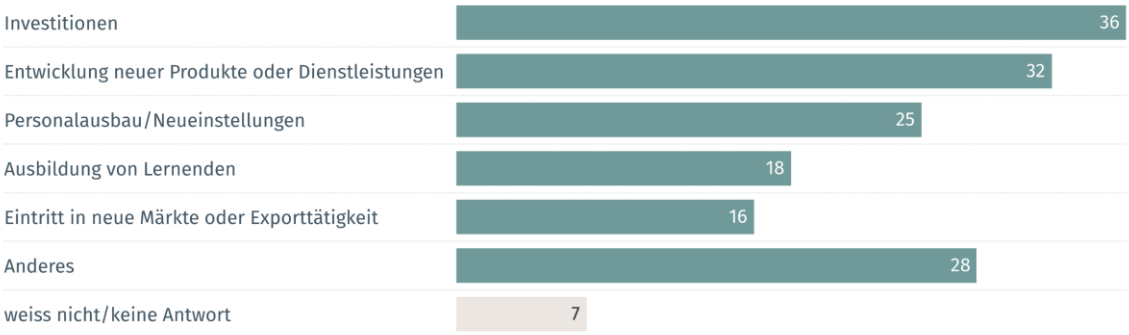
In den Branchen Industrie, Produktion und Baugewerbe scheint vor allem die Vereinfachung und Standardisierung von administrativen Aufgaben ein Ansatzpunkt darzustellen, um Unternehmen zugunsten ihrer unternehmerischen Tätigkeit zu entlasten und die Innovationsfähigkeit zu erhalten.

Grafik 35

Industrie, Produktion & Baugewerbe: Zurückgestellte Vorhaben

Welche Vorhaben hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten wegen des administrativen Aufwands zurückgestellt? Mehrere Antworten möglich.

in % der befragten Unternehmen im Bereich Industrie/Produktion/Baugewerbe, die wegen administrativer Aufwände schon Aufgaben verschoben oder aufgegeben haben
Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Bürokratiemonitor, Juni - August 2026 (n=120)

6 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:



67 Prozent der Unternehmen beurteilen die administrative Belastung aufgrund staatlicher Regulierungen als eher oder sehr hoch. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung über die Zeit: 64 Prozent nehmen die Belastung als deutlich höher wahr als noch vor fünf Jahren, während nur 5 Prozent von einer Abnahme sprechen. Ausserdem scheint die Belastung bei grösseren Unternehmen deutlich ausgeprägter zu sein als bei Unternehmen mit wenigen Mitarbeitenden.



67 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass administrative Aufgaben zu viele personelle Ressourcen binden. Die Unternehmen assoziieren die Belastung vor allem mit dem Arbeitsaufwand. 64 Prozent bezeichnen die administrativen Aufgaben als zeitaufwändig, 40 Prozent als kompliziert und 26 Prozent sogar als frustrierend. Positive Zuschreibungen wie «sinnvoll» oder «effizient» werden deutlich seltener ausgewählt.



Mit zunehmender Unternehmensgrösse verschiebt sich auch der interne Aufwand der Unternehmen. Während bei kleineren Unternehmen vor allem Arbeiten im Kontext der AHV/IV/EO sowie die Mehrwertsteuer im Vordergrund stehen, sind es bei grösseren Unternehmen beispielsweise der Datenschutz oder branchenspezifische Vorschriften.



Rechnungslegung und Revision sind mit 45 Prozent der Bereich, der am meisten durch externe Aufträge erledigt wird. Auch Aufgaben im Kontext von AHV/IV/EO (28%) und der Unternehmenssteuer (25%) werden vergleichsweise häufig ausgelagert. In diesem Bereich zeigt sich zudem, dass die Aufwände sehr stark von der Unternehmensgrösse abhängig sind, was die Belastung grösserer Unternehmen tendenziell erhöht.



30 Prozent der befragten Personen geben an, dass ihr Unternehmen Vorhaben aufgrund von administrativem Aufwand verschoben, verkleinert oder komplett aufgegeben hat. Bei Grossunternehmen ist es sogar fast jedes zweite Unternehmen, bei Kleinstunternehmen nur etwa jedes fünfte. Unter den Unternehmen, die aufgrund des administrativen Aufwands Vorhaben verschoben, verkleinert oder aufgegeben haben, nennen 41 Prozent die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen und 39 Prozent Investitionen.



Insgesamt wird in den Unternehmen in unterschiedlichen Massnahmen ein grosses Entlastungspotenzial wahrgenommen, das auch zwischen den Branchen variiert. Vor allem die Vereinfachung von Vorgaben, die Standardisierung und die Harmonisierung von Vorgaben stossen bei vielen Befragten auf Zustimmung. Ein Fokus könnte demnach auf der Optimierung bestehender Prozesse liegen, um so Unternehmen aus verschiedenen Branchen in ihrer unternehmerischen Tätigkeit zu entlasten.



Die administrative Belastung wird von den Unternehmen insgesamt als hoch wahrgenommen. Gleichzeitig wird der administrative Aufwand nicht grundsätzlich als unnötig beurteilt: 44 Prozent halten ihn teilweise, weitere 24 Prozent meistens oder vollständig für gerechtfertigt. Zugleich sehen klare Mehrheiten in verschiedenen Massnahmen Möglichkeiten zur Entlastung. Im Vordergrund steht damit weniger die vollständige Abschaffung administrativer Anforderungen als deren einfachere und effizientere Ausgestaltung.

7 Anhang

7.1 gfs.bern-Team



URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschafter (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.



TOBIAS KELLER

Projektleiter und Teamleader Data Analytics, Kommunikationswissenschafter, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



INA GUTJAHR

Junior Projektleiterin

✉ ina.gutjahr@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Abstimmungen, Umweltpolitik, Energiepolitik, Digitalisierung, qualitative und quantitative Methoden



SARA RELLSTAB

Data Scientist
Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



ALESSIA RAINONE

Praktikantin Data Scientist

✉ alessia.rainone@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Recherchen, Lektorate, Visualisierungen, Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

PIERRE LÜSSI

Trainee Projektleitung
Politikwissenschaftler, Dr.

✉ pierre.luessi@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Wahlen, Abstimmungen, politische Partizipation, Familienpolitik, Sozialpolitik, qualitative und quantitative Methoden.

Publikationen in Buchform, in Fachmagazinen, für Behörden und im Internet

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied von Swiss Insights und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern